

902 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVIII. GP

Bericht des Verfassungsausschusses

über die Regierungsvorlage (814 der Beilagen):
Bundesgesetz, mit dem das Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979 (BDG-Novelle 1992), das Gehaltsgesetz 1956, das Vertragsbedienstetengesetz 1948, die Bundesforste-Dienstordnung 1986, das Richterdienstgesetz, das Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz 1984, das Land- und forstwirtschaftliche Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz 1985, das Bundeslehrer-Lehrverpflichtungsgesetz, das Pensionsgesetz 1965, das Karenzurlaubsgeldgesetz und das Ausschreibungsgesetz 1989 geändert werden

Der vorliegende Entwurf sieht insbesondere folgende Regelungen vor:

1. Mitteilung aller Ausschreibungen an die „Job-Börse“ im Bundeskanzleramt,
2. Anhebung des Freizeitausgleiches für Überstunden,
3. nähere Bestimmungen über die Dienstfreistellung für Gemeindefunktionäre,
4. Herabsetzung der Wochendienstzeit auf die Hälfte:
 - Verbrauch von „Restzeiten“ gemäß § 50 b BDG 1979,
 - Anrechenbarkeit bestimmter Zeiten gemäß § 50 a BDG 1979 auf Zeiträume gemäß § 50 b BDG 1979,
5. Ersatz der unvermeidlichen Mehrauslagen des Bediensteten und seiner Angehörigen bei dienstlich bedingter Abänderung des Erholungsurlaubes,
6. Nachsicht von Ernennungserfordernissen der Verwendungsgruppe C für ehemalige Beamte der Verwendungsgruppe W 3 unter bestimmten Voraussetzungen,
7. Entfall der Mitwirkungsbefugnis des Bundeskanzlers bei Nachsichterteilung von der Nichterfüllung bestimmter Berufspraxiserfordernisse für Lehrer,
8. Änderung von Richtverwendungen, Dienstzulagen und Einreihungen von Arbeitsplät-

zen im Post-Schema und Übergangsbestimmungen über eine Einstufungsmöglichkeit für Kraftfahrer in die Verwendungsgruppe PT 7,

9. Einreihung der Beamten in den wegen des EWR-Vertrages aus der Post- und Telegraphenverwaltung ausgegliederten Bereichen (zB Fernmeldebüros) in das Post-Schema,
10. Anpassung der Bestimmungen über den Steigerungsbetrag der Haushaltszulage und den Waisenversorgungsgenuß an die Familienlastenausgleichsgesetz-Novelle 1992,
11. Änderung von Ernennungserfordernissen der Lehrer in der Dolmetscher- und Übersetzerausbildung und in den sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Studien,
12. Führung der Amtstitel und Verwendungsbezeichnungen jeweils in weiblicher und männlicher Form,
13. Anstellungserfordernisse und Dienstzulagenregelungen für Kindergärtnerinnen in hervorgehobener Verwendung,
14. Bestellung eines Lehrers zur Unterstützung des Schulleiters an Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik und für Erzieher,
15. Neuregelung der Lehrpflichtermäßigung der Bundeslehrer,
16. Übernahme der im Urlaubsgesetz vorgesehenen Verbesserungen bei der Pflegefreistellung,
17. Anspruch auf Karenzurlaubsgeld bei Teilzeitbeschäftigung im ersten und bis zum vierten Lebensjahr des Kindes,
18. Änderungen des Ausschreibungsgesetzes, die Vereinfachungen von Verfahrensabläufen und eine noch praxisgerechtere Handhabung ermöglichen sollen.

Der Abänderungsantrag der Abgeordneten Dr. Stippel und Dr. Lackner berücksichtigt das Ergebnis der Verhandlungen zwischen dem Verhandlungskomitee der Gebietskörperschaften und

den vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes über eine Erhöhung der Bezüge im öffentlichen Dienst. Der am 25. November 1992 erzielte Gehaltsabschluß sieht eine Erhöhung der Bezüge (mit Ausnahme der Haushaltszulage) der öffentlich Bediensteten ab 1. Jänner 1993 um 3,95% vor. Die Laufzeit des Abkommens endet mit 31. Dezember 1993.

Diese Bezugserhöhung erfordert Mehrkosten von 8,3 Milliarden Schilling je Kalenderjahr. Ein Teilbetrag von 6 Milliarden Schilling ist durch Pauschalvorsorge im Bundesvoranschlag für 1993 bedeckt. Der Rest wird durch Ausgabenrückstellungen gemäß Art. XVI des Bundesfinanzgesetzes 1993 bedeckt.

Mit dem angeführten Betrag sind auch die vergleichbaren Maßnahmen erfaßt, die in einer ebenfalls eingebrachten entsprechenden Änderung der Bundesbahn-Besoldungsordnung und der Bundesbahn-Dienst- und Lohnordnung enthalten sind.

Daneben sieht der Abänderungsantrag folgende Regelungen vor:

1. Entsendung von Nationalen Experten zu Einrichtungen, die im Rahmen der europäischen Integration oder der OECD tätig sind,
2. Anstellungserfordernisse und Dienstzulagen für Erzieher an Übungs(schüler)heimen und Übungshorten sowie für Sondererzieher,
3. Vergütung für Bedienstete im militärluftfahrt-technischen Dienst,
4. Klarstellung bei der Ausnahme von Sur-place-Kräften aus dem Anwendungsbereich des Vertragsbedienstetengesetzes 1948,
5. Anpassung der Inkrafttretensbestimmungen in den Art. I bis IV, VIII und IX an den Umstand, daß die vorliegende Novelle vor dem bereits früher eingebrachten Entwurf eines Kompetenzvereinigungsgesetzes 1992 behandelt wird,
6. folgende kleinere Änderungen des Entwurfes:
 - a) Entfall der Worte „der Dienstbehörde“ im § 49 Abs. 2 BDG 1979 (Freizeitausgleich),
 - b) Änderung der Verwendungsdauer in der Anlage 1 Z 36.5 BDG 1979 für bestimmte Berufskraftfahrer der Post- und Telegraphenverwaltung,
 - c) Berichtigung eines Betrages der Dienstzulage für Lehrmeister in einer Lehrwerkstätte im § 82 c Abs. 5 des Gehaltsgesetzes 1956,
 - d) Zitierungsberichtigungen im LDG und im LLDG.

Zu Z 1 (Art. I Zahlengliederung und Z 1 und 2):

Das Einfügen der neuen Z 1 und 2 erfordert eine Umnummerierung der Änderungszahlen des Art. I.

Die Änderung des § 39 a BDG 1979 durch Art. I Z 1 und 2 soll den Ressorts die Möglichkeit bieten, Nationale Experten — so wie schon bisher Bedienstete zu Ausbildungszwecken — direkt zu Einrichtungen zuzuteilen, die im Rahmen der europäischen Integration oder der OECD tätig sind. Damit wird auch für diese Bediensteten eine verwaltungsaufwendige Dienstzuteilung über das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten entbehrlich.

Unter Nationalen Experten sind insbesondere jene Bediensteten des Bundes zu verstehen, auf die die Definition des Art. I Abs. 1 des Beschlusses der EG-Kommission vom 26. Juli 1988 zutrifft. Es sind dies die zu den Dienststellen der Kommission abgeordneten nationalen Sachverständigen (Experten) sowie die nationalen Beamten, die im Rahmen des Beamtenaustauschs vorübergehend der Kommission zur Verfügung gestellt werden. Ausgenommen sind nach diesem Beschluß jedoch

- die nur zu kurzfristigen Konsultationen einberufenen Experten („Sitzungssachverständige“) im Sinne der „Regelung über die Erstattung der Reise-, Aufenthalts- und Fahrkosten verwaltungsfremder Personen, die als Sachverständige einberufen werden“ [KOM (74) P 309, S.V. C2049/74, zuletzt geändert durch Beschluß SEK (83) 501], sowie
- die Experten im Sinne der „Internen Regelung der Kommission über die Studien- und Fachberater“ [KOM (87) P 868].

Zu Z 2 (Art. I Z 3):

§ 49 Abs. 2 BDG 1979 lautet in der bisher geltenden Fassung:

„(2) Überstunden sind entweder durch Freizeit auszugleichen oder nach den besoldungsrechtlichen Vorschriften abzugelten.“

Der Gesetzgeber hat damit die Frage, wer im Einzelfall die Entscheidung über die Art der Abgeltung zu treffen hat, der inneren Behördenorganisation überlassen. Die Dienstbehörde konnte diese Entscheidungsbefugnis an eine andere Stelle (zB an den Vorgesetzten oder einen Zwischenvorgesetzten) übertragen. Diese Möglichkeit soll auch in der Neuregelung erhalten bleiben.

Zu Z 3 (Art. I Z 19):

Die Inkrafttretensbestimmungen zum BDG 1979 werden entsprechend der Z 5 der einleitenden Ausführungen angepaßt und um das Inkrafttreten der Änderung des § 39 a BDG 1979 ergänzt.

Zu Z 4 (Art. I Z 25):

In Ergänzung zu den Änderungen betreffend die Anstellungserfordernisse und den Ausbau der

Dienstzulagenregelungen für die beim Bund in hervorgehobener Verwendung tätigen Kindergärtnerinnen sollen Regelungen über Erzieher an Übungs(schüler)heimen und Übungshorten (die wie Übungskindergärtnerinnen ausbildend tätig sind) sowie über Sondererzieher aufgenommen werden.

Die diesbezüglichen Ergänzungen sind im Ergebnis in der folgenden Übersicht schematisch dargestellt:

Übungserzieher	mit Reifeprüfung		ohne Reifeprüfung	
	VB	Beamte	VB	Beamte
ohne Zusatzprüfung aus Didaktik und ohne Praxis	l 2b 1 Zulage 400%	L 2b 1 Zulage 400%	l 2b 1 Zulage 200%	L 2b 1 Zulage 200%
mit Zusatzprüfung aus Didaktik und mit Praxis	l 2a 1 keine Zulage	L 2a 1 keine Zulage	l 2b 1 Zulage 350%	L 2b 1 Zulage 350%
Sondererzieher	mit Reifeprüfung		ohne Reifeprüfung	
	VB	Beamte	VB	Beamte
	l 2a 1 Zulage 50%	L 2a 1 Zulage 50%	l 2b 1 Zulage 400%	L 2b 1 Zulage 400%

Diese ergänzenden Maßnahmen erfordern jährliche Mehrkosten von 0,2 Millionen Schilling. Hiefür werden die haushaltsleitenden Organe in den im Bundesvoranschlagsentwurf 1993 zur Verfügung stehenden Mitteln durch organisatorische Maßnahmen die Bedeckung zu finden haben.

Zu Z 5 (Art. I Z 36):

Für Berufskraftfahrer, die anstelle des Lehrberufes „Berufskraftfahrer“ den Lehrberuf eines Kraftfahrzeugmechanikers oder eines Landmaschinenmechanikers erlernt oder die Ausbildung in einem der beiden Lehrberufe vor dem 1. September 1992 begonnen und bis spätestens zum 1. September 1997 abgeschlossen haben, soll die Einstufung in die Verwendungsgruppe PT 7 bereits nach einer fünfjährigen (statt der im Entwurf vorgesehenen siebenjährigen) Verwendung als Berufskraftfahrer für Kraftfahrzeuge mit einem zulässigen Gesamtgewicht von mehr als 7 500 kg ermöglicht werden.

Zu Z 6 (Art. II Zahlengliederung):

Das Einfügen weiterer Änderungen in das Gehaltsgesetz 1956, insbesondere im Zusammenhang mit dem Gehaltsabschluß vom 25. November 1992, erfordert eine Umnumerierung der Änderungszahlen des Art. II.

Zu Z 7 und 8 (Art. II Z 4 bis 19, 21 und 22):

Die angeführten Bestimmungen regeln die Erhöhung von Bezugsansätzen des Gehaltsgesetzes 1956 ab 1. Jänner 1993.

Zu Z 9 (Art. II Z 23):

Auf die Erläuterungen zu Z 4 wird verwiesen.

Zu Z 10 (Art. II Z 24 bis 32):

Die angeführten Bestimmungen regeln die Erhöhung von Bezugsansätzen des Gehaltsgesetzes 1956 ab 1. Jänner 1993.

Zu Z 11 (Art. II Z 33):

Auf die Erläuterungen zu Z 4 wird verwiesen.

Zu Z 12 und 13 (Art. II Z 34 und 36 bis 38):

Die angeführten Bestimmungen regeln die Erhöhung von Bezugsansätzen des Gehaltsgesetzes 1956 ab 1. Jänner 1993.

Zu Z 14 (Art. II Z 39):

Auf die Erläuterungen zu Z 4 wird verwiesen.

Zu Z 15 bis 17 (Art. II Z 40 bis 61, 63 bis 69, 71 und 72):

Die angeführten Bestimmungen regeln die Erhöhung von Bezugsansätzen des Gehaltsgesetzes 1956 ab 1. Jänner 1993.

Im Art. II Z 63 (§ 82 c Abs. 5 des Gehaltsgesetzes 1956) wird außerdem ein Betragsansatz (Dienstzulage für Lehrmeister in einer Lehrwerkstätte) berichtigt.

Zu Z 17 (Art. II Z 70):

Das stark expandierende zivile Flugaufkommen und die damit verbundene wirtschaftliche Notwendigkeit, auch den Bereich der zivilen fliegertechnischen Dienste in Österreich forciert auszubauen, bringt für das Bundesheer in den letzten Jahren verstärkt das Problem, einerseits das höchstqualifizierte militärluftfahrttechnische Personal im Bundesdienst zu halten und andererseits die durch die äußerst ungünstige Altersstruktur bedingten relativ hohen Abgänge (Abwanderung und Pensionierungen) zu ersetzen. Verschärft wird das Problem noch dadurch, daß junge, im Zuge des Wehrdienstes als Zeitsoldat praktisch und theoretisch hervorragend ausgebildete Militärluftfahrttechniker in vielen Fällen nicht für den Bundesdienst gewonnen werden können, weil sie von zivilen Unternehmen gezielt mit deutlich höheren Gehältern abgeworben werden.

Durch die Schaffung einer Vergütung für Bedienstete des militärluftfahrttechnischen Dienstes soll einerseits die Abwanderung von qualifiziertem und bestens ausgebildetem Personal verhindert und andererseits erreicht werden, die im Wehrdienst als Zeitsoldat ausgebildeten Luftfahrttechniker und anderes qualifiziertes Personal am freien Arbeitsmarkt in den Bundesdienst zu bekommen.

Die Vergütung soll die mit diesen Diensten verbundenen besonderen Belastungen abgelten. Hinsichtlich der Höhe der Vergütung wird wie folgt differenziert:

- a) nach dem Umfang der Berechtigung im Sinne der Militärluftfahrt-Personalverordnung 1968 und
- b) nach der Zugehörigkeit zu den folgenden Bedienstetengruppen:
 - Berufsmilitärpersonen (Beamte, die nach § 11 des Wehrgesetzes 1990 zur Ausübung einer Unteroffiziersfunktion herangezogen werden) und Berufsoffiziere,
 - Zivilbedienstete (Beamte der Allgemeinen Verwaltung und Beamte in handwerklicher Verwendung).

Zu lit. a:

Durch diese Unterscheidung soll erreicht werden, daß Bedienstete, die sich umfangreichen theoretischen und praktischen Ausbildungsgängen unterziehen, entsprechende Berechtigungen nach der Militärluftfahrt-Personalverordnung 1968 erwerben und die mit diesen Berechtigungen verbundenen Tätigkeiten auch tatsächlich ausüben, eine Vergütung erhalten sollen, die dem jeweiligen Ausbildungsstand entspricht. Es ist darauf hinzuweisen, daß im Rahmen der im Bundesheer eingeführten, international üblichen Qualitätssicherungsverfahren dem Umstand einer qualifizierten Ausbildung jedes Militärflugfahrtechnikers ganz besondere Bedeutung zukommt und daß somit die Erreichbarkeit höherer Vergütungen für höhere Qualifikationen einen besonderen Anreiz für die Weiterbildung darstellt.

Zu lit. b:

Diese Differenzierung ist erforderlich, da die ausgeübten Tätigkeiten sowohl der Zivilbediensteten als auch der Berufsmilitärpersonen, bezogen auf die Anspruchsberechtigung dieser Vergütung (Dienst als Militärflugfahrtechniker), völlig ident sind und daher für beide Personengruppen eine jeweils gleichhohe Abgeltung vorgesehen werden soll.

Da jedoch Berufsmilitärpersonen militärspezifische Zulagen (Heeresdienstzulage, Truppendienstzulage bzw. Dienstzulage) beziehen, mußte im vorliegenden Fall der überwiegenden Heranziehung der Berufsmilitärpersonen zu Diensten im militärluftfahrttechnischen Dienst die ihnen gebührende Vergütung jeweils um den durchschnittlichen Unterschiedsbetrag zwischen den militärspezifischen Zulagen und der Verwaltungsdienstzulage geändert werden, um dem Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ gebührend Rechnung zu tragen.

§ 85 f Abs. 3 bis 5 des Gehaltsgesetzes 1956 entspricht vergleichbaren Regelungen wie zB der Vergütung für den Krankenpflagedienst (§ 84 c Abs. 2 bis 4 des Gehaltsgesetzes 1956).

Die Kosten für die Vergütung im militärluftfahrttechnischen Dienst betragen 16 Millionen Schilling je Kalenderjahr. Für diese Mehrkosten ist im Bundesvoranschlagsentwurf vorgesorgt.

Zu Z 18 (Art. II Z 73):

Die Inkrafttretensbestimmungen zum Gehaltsgesetz 1956 werden entsprechend der Z 5 der einleitenden Ausführungen angepaßt und um das Inkrafttreten der zusätzlichen Änderungen des Gehaltsgesetzes 1956 ergänzt.

Zu Z 19 (Art. II Z 74 bis 76):

Die angeführten Bestimmungen regeln die Erhöhung von Bezugsansätzen des Gehaltsgesetzes 1956 ab 1. Jänner 1993.

Zu Z 20 (Art. II Z 77):

Auf die Erläuterungen zu Z 4 wird verwiesen.

Zu Z 21 (Art. III Zahlengliederung):

Das Einfügen weiterer Änderungen in das Vertragsbedienstetengesetz 1948, insbesondere im Zusammenhang mit dem Gehaltsabschluß vom 25. November 1992, erfordert eine Umnummerierung der Änderungszahlen des Art. III.

Zu Z 22 (Art. III Z 1):

Hier erfolgt eine Klarstellung bei der Ausnahme von Sur-place-Kräften aus dem Anwendungsbereich des Vertragsbedienstetengesetzes 1948. Die Neuregelung stellt sicher, daß die Entgelthöhe dieser Bediensteten dem dafür üblichen Lohnniveau des jeweiligen Dienstortes gerecht wird.

Zu Z 22 (Art. III Z 2):

Die angeführten Bestimmungen regeln die Erhöhung der Ausbildungsbeiträge der Teilnehmer an der Eignungsausbildung ab 1. Jänner 1993.

Zu Z 22 (Art. III Z 3 und 4):

Auf die Erläuterungen zu Z 1 wird verwiesen.

Zu Z 22 und 23 (Art. III Z 5 bis 7 und 12):

Die angeführten Bestimmungen regeln die Erhöhung von Entgeltansätzen des Vertragsbedienstetengesetzes 1948 ab 1. Jänner 1993.

Zu Z 24 (Art. III Z 13):

Auf die Erläuterungen zu Z 4 wird verwiesen.

Zu Z 25 bis 28 (Art. III Z 15, 17, 18, 20 bis 26, 30 und 31):

Die angeführten Bestimmungen regeln die Erhöhung von Entgeltansätzen des Vertragsbedienstetengesetzes 1948 ab 1. Jänner 1993.

Zu Z 28 (Art. III Z 32):

Auf die Erläuterungen zu Z 17 wird verwiesen.

Zu Z 28 (Art. III Z 33):

Diese Bestimmung regelt die Erhöhung von sondervertraglichen Entgelten ab 1. Jänner 1993.

Zu Z 29 (Art. III Z 35 bis 37):

Die angeführten Bestimmungen regeln die Erhöhung von Entgeltansätzen des Vertragsbedienstetengesetzes 1948 ab 1. Jänner 1993.

Zu Z 30 (Art. III Z 38):

Auf die Erläuterungen zu Z 4 wird verwiesen.

Zu Z 30 (Art. III Z 39):

Die Inkrafttretensbestimmungen zum Vertragsbedienstetengesetz 1948 werden entsprechend der Z 5 der einleitenden Ausführungen angepaßt und um das Inkrafttreten der zusätzlichen Änderungen des Vertragsbedienstetengesetzes 1948 ergänzt.

Zu Z 31 (Art. IV Zahlengliederung):

Das Einfügen weiterer Änderungen in die Bundesforste-Dienstordnung 1986 im Zusammenhang mit dem Gehaltsabschluß vom 25. November 1992 erfordert eine Umnummerierung der Änderungszahlen des Art. IV.

Zu Z 32 (Art. IV Z 1 bis 6):

Die angeführten Bestimmungen regeln die Erhöhung von Bezugsansätzen der Bundesforste-Dienstordnung 1986 ab 1. Jänner 1993.

Zu Z 33 (Art. IV Z 10):

Diese Bestimmung regelt die Erhöhung von sondervertraglichen Entgelten ab 1. Jänner 1993.

Zu Z 34 (Art. IV Z 11):

Die Inkrafttretensbestimmungen zur Bundesforste-Dienstordnung 1986 werden entsprechend der Z 5 der einleitenden Ausführungen angepaßt und um das Inkrafttreten der zusätzlichen Änderungen der Bundesforste-Dienstordnung 1986 ergänzt.

Zu Z 35 (Art. V Zahlengliederung und Z 1 bis 5):

Das Einfügen weiterer Änderungen in das Richterdienstgesetz im Zusammenhang mit dem Gehaltsabschluß vom 25. November 1992 erfordert eine Umnummerierung der Änderungszahlen des Art. V. Die im Art. V Z 1 bis 5 enthaltenen Bestimmungen regeln die Erhöhung von Bezugsansätzen des Richterdienstgesetzes ab 1. Jänner 1993.

Zu Z 36 (Art. V Z 8):

Art. V Z 8 wird um das Inkrafttreten der zusätzlichen Änderungen des Richterdienstgesetzes ergänzt.

Zu Z 37 und 38 (Art. VI Z 4 und Art. VII Z 5):

Hier werden Fehlzitierungen berichtigt.

Zu Z 39 und 40 (Art. VIII Z 4 und Art. IX Z 2):

Die Inkrafttretensbestimmungen zum Bundeslehrer-Lehrverpflichtungsgesetz und zum Pensionsgesetz 1965 werden entsprechend der Z 5 der einleitenden Ausführungen angepaßt.

Zu Z 41 (Art. XII):

Durch die 31. Gehaltsgesetz-Novelle wurde die Besoldung der Universitäts(Hochschul)assistenten neu geregelt. Art. IV der angeführten Novelle sollte Bezugsminderungen, die in Einzelfällen beim Übertritt in das neue System eintreten konnten, vermeiden. Die in dieser Regelung enthaltene Bezugstabelle wird entsprechend dem Abkommen vom 25. November 1992 für die Zeit ab 1. Jänner 1993 ebenfalls um 3,95% valorisiert.

Der Verfassungsausschuß hat die Regierungsvorlage am 9. Dezember 1992 in Verhandlung gezogen und nach der Berichterstattung durch Abgeordneten Dr. Stippel, der einen Abänderungsantrag einbrachte, und nach Wortmeldungen der Abgeordneten Gratzner, Dr. Lackner und Dr. Antoni sowie des Staatssekretärs Dr. Kostelka einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause die Annahme des Gesetzentwurfes in der von den Abgeordneten Dr. Stippel und Dr. Lackner vorgeschlagenen Fassung zu empfehlen.

6

902 der Beilagen

Der Verfassungsausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf (814 der Beilagen) mit den angeschlossenen **Abänderungen** die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen. **✓**

Wien, 1992 12 09

Dr. Stippel
Berichterstatter

Dr. Schranz
Obmann

/

Abänderungen

zum Gesetzentwurf in 814 der Beilagen

1. Im Art. I erhalten die Z 1 bis 35 die Bezeichnung „3.“ bis „37.“. Folgende Z 1 und 2 werden eingefügt:

„1. Die Überschrift vor § 39 a entfällt mit Ablauf des 31. Dezember 1992.

2. § 39 a Abs. 1 lautet:

„§ 39 a. (1) Die Zentralstelle kann den Beamten mit seiner Zustimmung

1. zu Ausbildungszwecken oder

2. als Nationalen Experten

zu einer Einrichtung entsenden, die im Rahmen der europäischen Integration oder der OECD tätig ist. Auf die Entsendung sind die Bestimmungen über die Dienstzuteilung anzuwenden.“

2. Im Art. I Z 3 entfallen im § 49 Abs. 2 BDG 1979 nach dem Wort „Anordnung“ die Worte „der Dienstbehörde“.

3. Art. I Z 19 lautet:

„19. Dem § 246 wird folgender Abs. 4 angefügt:

„(4) Es treten in Kraft:

1. § 39 a Abs. 1, § 49 Abs. 2 bis 8, § 50 b Abs. 7, § 50 d, § 63 Abs. 2, § 76 samt Überschrift, § 77 Abs. 2, § 78 a samt Überschrift, § 198 Abs. 3 und 4, § 198 a samt Überschrift, § 213 Abs. 1, 4 und 5, § 219 Abs. 5 und 6, § 219 a samt Überschrift, § 226 samt Überschrift, § 228 samt Überschrift, § 236 a und Anlage 1 Z 3.4 bis 3.8, 21a.3 lit. b, 23.1 Abs. 7, 30.2 lit. a und b, 32.2 lit. d, 33.2 lit. b, 35.2 lit. d und 36.4 bis 36.6 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. .../1992 mit 1. Jänner 1993,

2. Anlage 1 Z 25.4, 25.5, 26.4, 26.5, 26.6, 26.7 und 27 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. .../1992 mit 1. Februar 1993.“

4. Art. I Z 25 lautet:

„25. An die Stelle der Anlage 1 Z 25.4 treten folgende Bestimmungen:

Verwendung	Erfordernis
<p>„25.4. Sonderkindergärtnerinnen, die eine qualifizierte Betreuung behinderter Kinder an Übungskindergärten, Blindeninstituten oder Instituten für Gehörlosenbildung ausüben, sowie Lehrer im Lehrgang für Sonderkindergartenpädagogik</p>	<p>a) Die erfolgreiche Ablegung</p> <p>aa) der Befähigungsprüfung für Kindergärtnerinnen (und Horterzieherinnen) oder</p> <p>bb) der Reife- und Befähigungsprüfung für Kindergärten (und Horte)</p> <p>und</p> <p>b) aa) Befähigungsprüfung für Sonderkindergärtnerinnen oder</p> <p>bb) Befähigungsprüfung für Sonderkindergärten und Frühförderung und</p> <p>c) erfolgreiche Ablegung einer Zusatzprüfung aus Didaktik und</p> <p>d) vierjährige einschlägige Berufspraxis, davon eine zweijährige Praxis an Sonderkindergärten.</p>

Verwendung	Erfordernis
------------	-------------

25.5. Lehrer im Lehrgang für die Ausbildung von Erziehern zu Sondererziehern

- a) Die erfolgreiche Ablegung
 - aa) der Befähigungsprüfung für Erzieher oder
 - bb) der Reife- und Befähigungsprüfung für Erzieher
 und
- b) Befähigungsprüfung für Sondererzieher und
- c) erfolgreiche Ablegung einer Zusatzprüfung aus Didaktik und
- d) vierjährige einschlägige Berufspraxis, davon eine zweijährige Praxis an Sonderhorten oder Sonderheimen.“

5. Im Art. I Z 36 werden in der Anlage 1 Z 36.5 BDG 1979 die Worte „siebenjährige Verwendung“ durch die Worte „fünfjährige Verwendung“ ersetzt.

6. Im Art. II erhalten

die Z	die Bezeichnung Z
4	20
5	23
6	33
7	35
8	39
9	62
10	63
11	73
12	77

7. Im Art. II werden als Z 4 bis 19 eingefügt:

„4. Die Tabellen im § 28 Abs. 3 erhalten folgende Fassung:

in der Gehaltsstufe	in der Dienstklasse III				
	in der Verwendungsgruppe				
	E	D	C	B	A
	Schilling				
1	11 354	11 929	12 506	14 235	18 162
2	11 514	12 188	12 851	14 665	—
3	11 672	12 449	13 196	15 098	—
4	11 830	12 708	13 543	15 528	—
5	11 986	12 967	13 888	15 963	—
6	12 146	13 225	14 235	16 425	—
7	12 305	13 485	14 578	16 902	—
8	12 463	13 744	14 924	—	—
9	12 621	14 004	15 269	—	—
10	12 781	14 261	15 615	—	—
11	12 939	14 522	15 963	—	—
12	13 098	14 780	16 333	—	—
13	13 254	15 038	—	—	—
14	13 414	15 298	—	—	—
15	13 572	15 559	—	—	—
16	13 732	15 818	—	—	—
17	13 888	16 542	—	—	—
18	14 048	—	—	—	—

in der Gehaltsstufe	in der Dienstklasse					
	IV	V	VI	VII	VIII	IX
	Schilling					
1	—	—	26 137	31 920	43 220	61 728

in der Gehaltsstufe	in der Dienstklasse					
	IV	V	VI	VII	VIII	IX
	Schilling					
2	—	22 123	26 938	32 970	45 523	65 205
3	17 309	22 927	27 736	34 015	47 825	68 679
4	18 112	23 725	28 786	36 316	51 302	72 158
5	18 913	24 529	29 833	38 617	54 774	75 634
6	19 714	25 331	30 876	40 922	58 250	79 108
7	20 517	26 137	31 920	43 220	61 728	—
8	21 323	26 938	32 970	45 523	65 205	—
9	22 123	27 736	34 015	47 825	—	—

5. Im § 30 Abs. 1 wird der Betrag ,1 484 S‘ durch den Betrag ,1 543 S‘ und der Betrag ,1 886 S‘ durch den Betrag ,1 960 S‘ ersetzt.

6. Im § 30 b Abs. 2 werden ersetzt:

- a) in Z 1 der Betrag ,511 S‘ durch den Betrag ,531 S‘,
- b) in Z 2 und Z 3 lit. a der Betrag ,1 342 S‘ durch den Betrag ,1 395 S‘ und
- c) in Z 3 lit. b der Betrag ,1 612 S‘ durch den Betrag ,1 676 S‘.

7. § 30 c Abs. 2 lautet:

„(2) Die Pflegedienst-Chargenzulage beträgt monatlich

- 1. für Stationspfleger und Stationssschwestern 2 082 S,
- 2. für Oberpfleger und Oberschwern 2 679 S,
- 3. für Pflegevorsteher und Oberinnen 3 274 S.‘

8. Im § 38 Abs. 1 wird der Betrag ,951 S‘ durch den Betrag ,989 S‘ ersetzt.

9. Im § 38 a Abs. 1 wird der Betrag ,709 S‘ durch den Betrag ,737 S‘ ersetzt.

10. Die Tabelle im § 39 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

in der Gehaltsstufe	in der Verwendungsgruppe				
	P 1	P 2	P 3	P 4	P 5
	Schilling				
1	12 506	12 218	11 929	11 641	11 354
2	12 851	12 506	12 188	11 845	11 514
3	13 196	12 794	12 449	12 045	11 672

in der Gehaltsstufe	in der Verwendungsgruppe				
	P 1	P 2	P 3	P 4	P 5
	Schilling				
4	13 543	13 082	12 708	12 247	11 830
5	13 888	13 371	12 967	12 449	11 986
6	14 235	13 659	13 225	12 649	12 146
7	14 578	13 944	13 485	12 851	12 305
8	14 924	14 235	13 744	13 054	12 463
9	15 269	14 522	14 004	13 254	12 621
10	15 615	14 809	14 261	13 456	12 781
11	15 963	15 098	14 522	13 659	12 939
12	16 333	15 387	14 780	13 860	13 098
13	16 709	15 675	15 038	14 061	13 254
14	17 099	15 963	15 298	14 261	13 414
15	—	16 269	15 559	14 465	13 572
16	—	16 583	15 818	14 665	13 732
17	—	17 195	16 542	14 867	13 888
18	—	—	—	15 070	14 048

11. Die Tabelle im § 42 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

in der Gehaltsstufe	in der Gehaltsgruppe		
	I	II	III
	Schilling		
1	21 627	—	—
2	24 169	—	—
3	26 715	—	—
4	29 260	—	—
5	31 804	—	—
6	34 348	—	—
7	36 896	—	—
8	39 439	39 650	—
9	41 983	42 197	45 337
10	44 527	44 740	47 881
11	47 074	47 286	52 972
12	49 618	49 832	60 607
13	52 161	54 919	63 151
14	54 707	60 008	65 696
15	57 249	65 096	68 239
16	59 796	67 642	70 785

12. Im § 42 Abs. 1 letzter Satz wird der Betrag ,74 559 S' durch den Betrag ,77 504 S' ersetzt.

13. Im § 43 Abs. 1 wird der Betrag ,3 736 S' durch den Betrag ,3 884 S' ersetzt.

14. Die Tabelle im § 48 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

in der Gehaltsstufe	für	
	Außerordentliche Universitätsprofessoren	Ordentliche Universitäts(Hochschul)professoren
	Schilling	
1	30 416	40 075
2	31 403	42 055
3	32 387	44 034
4	33 374	46 013
5	34 363	48 645
6	36 120	51 301
7	38 095	54 749
8	40 075	58 205
9	42 055	61 656
10	44 034	65 112
11	46 013	—

in der Gehaltsstufe	für	
	Außerordentliche Universitätsprofessoren	Ordentliche Universitäts(Hochschul)professoren
	Schilling	
12	48 645	—
13	51 301	—
14	54 749	—
15	58 205	—

15. Im § 50 Abs. 3 wird der Betrag ,6 789 S' durch den Betrag ,7 057 S' ersetzt.

16. Die Tabelle im § 55 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

in der Gehaltsstufe	in der Verwendungsgruppe							
	L 3	L 2b 1	L 2b 2	L 2b 3	L 2a 1	I. 2a 2	L 1	L PA
	Schilling							
1	13 801	15 411	16 471	17 057	16 892	18 146	—	22 261
2	14 047	15 714	16 726	17 323	17 438	18 723	20 427	22 261
3	14 288	16 015	16 977	17 589	17 977	19 306	21 169	22 261
4	14 531	16 326	17 244	17 857	18 526	19 881	21 907	24 240
5	14 775	16 654	17 508	18 123	19 065	20 459	22 977	26 218
6	15 158	17 515	18 569	19 187	20 156	21 624	24 776	28 199
7	15 749	18 387	19 635	20 250	21 287	23 034	26 580	30 178
8	16 367	19 265	20 699	21 315	22 413	24 445	28 383	32 154
9	17 022	20 139	21 765	22 380	23 718	26 078	30 181	34 136
10	17 693	21 013	22 833	23 446	25 021	27 710	31 981	36 120
11	18 370	21 887	23 897	24 507	26 326	29 342	33 784	38 095
12	19 043	23 096	25 169	25 785	27 627	30 975	35 586	40 075
13	19 713	24 300	26 443	27 057	28 937	32 607	37 387	42 055
14	20 388	25 510	27 716	28 328	30 238	34 242	39 188	44 034
15	21 323	26 715	28 994	29 607	31 543	35 873	40 991	46 013
16	22 255	27 789	30 121	30 732	32 689	37 325	42 790	48 645
17	23 191	28 905	31 294	31 902	33 892	38 842	44 600	51 280
18	—	—	—	—	—	—	47 100	53 912

17. Im § 56 Abs. 2 wird der Betrag ,2 853 S' durch den Betrag ,2 966 S' ersetzt.

18. § 57 Abs. 2 lautet:

„(2) Die Dienstzulage beträgt

a) für Leiter der Verwendungsgruppe L PA

in der Dienstzulagen-gruppe	in den Gehaltsstufen		ab der Gehaltsstufe 13
	1 bis 8	9 bis 12	
	Schilling		
I	8 389	8 966	9 517
II	7 549	8 074	8 565
III	6 707	7 172	7 614
IV	5 866	6 274	6 672
V	5 033	5 373	5 704

b) für Leiter der Verwendungsgruppe L 1

in der Dienstzulagen-gruppe	in den Gehaltsstufen		ab der Gehaltsstufe 14
	2 bis 9	10 bis 13	
	Schilling		
I	7 481	7 997	8 488
II	6 732	7 202	7 640
III	5 981	6 404	6 790

in der Dienstzulagen-gruppe	in den Gehaltsstufen		ab der Gehaltsstufe 14
	2 bis 9	10 bis 13	
Schilling			
IV	5 231	5 596	5 948
V	4 490	4 794	5 090

c) für Leiter der Verwendungsgruppen L 2a 2, L 2b 3 und L 2b 2

in der Dienstzulagen-gruppe	in den Gehaltsstufen		ab der Gehaltsstufe 13
	1 bis 8	9 bis 12	
Schilling			
I	3 420	3 700	3 982
II	2 804	3 027	3 257
III	2 254	2 425	2 594
IV	1 884	2 021	2 160
V	1 571	1 685	1 801

d) für Leiter der Verwendungsgruppen L 2a 1 und L 2b 1

in der Dienstzulagen-gruppe	in den Gehaltsstufen		ab der Gehaltsstufe 13
	1 bis 8	9 bis 12	
Schilling			
I	2 663	2 906	3 131
II	2 246	2 437	2 600
III	1 876	2 025	2 163
IV	1 563	1 699	1 801
V	1 127	1 214	1 297

e) für Leiter der Verwendungsgruppe L 3

in der Dienstzulagen-gruppe	in den Gehaltsstufen		ab der Gehaltsstufe 16
	1 bis 10	11 bis 15	
Schilling			
I	2 109	2 153	2 294
II	1 563	1 619	1 737
III	1 465	1 501	1 590
IV	1 053	1 083	1 149
V	736	751	790
VI	511	538	584

19. Im § 58 Abs. 4 wird der Betrag ,723 S' durch den Betrag ,752 S' und der Betrag ,1 326 S' durch den Betrag ,1 378 S' ersetzt."

8. Im Art. II werden als Z 21 und 22 eingefügt:

„21. § 58 Abs. 6 lautet:

„(6) Die im Abs. 5 angeführte Dienstzulage beträgt

in der Verwendungs-gruppe	in den Gehaltsstufen		ab der Gehaltsstufe 12
	1 bis 5	6 bis 11	
Schilling			
L 3	836	1 174	1 670
L 2b 1	252	351	500

In der Verwendungsgruppe L 3 erhöht sich diese Dienstzulage bei den im Abs. 5 Z 1 genannten Fremdsprachlehrern an Polytechnischen Lehrgängen und bei den im Abs. 5 Z 3 genannten Lehrern für Werkerziehung an Polytechnischen Lehrgängen und an hauswirtschaftlichen Berufsschulen um 411 S. In der Verwendungsgruppe L 2b 1 erhöht sich die im ersten Satz angeführte Dienstzulage bei den im Abs. 5 Z 3 genannten Lehrern für Werkerziehung an Polytechnischen Lehrgängen und an hauswirtschaftlichen Berufsschulen um 123 S.'

22. Im § 59 Abs. 2 wird der Betrag ,2 392 S' durch den Betrag ,2 486 S' ersetzt."

9. Art. II Z 23 lautet:

„23. An die Stelle des § 59 Abs. 7 und 8 treten folgende Bestimmungen:

„(7) Lehrern der Verwendungsgruppen L 3 und L 2b 1, die

1. die im § 58 Abs. 5 Z 3 und 4 angeführte Befähigung aufweisen und
2. auf einem der in diesen Bestimmungen angeführten Arbeitsplätze verwendet werden, ohne auf eine entsprechende Planstelle ernannt zu sein,

gebührt für die Dauer dieser Verwendung eine Dienstzulage im Ausmaß der im § 58 Abs. 6 für die betreffende Verwendungsgruppe vorgesehenen Dienstzulage. Die im § 58 Abs. 6 Satz 2 und 3 vorgesehene Erhöhung kommt dabei nur bei einer Verwendung an Polytechnischen Lehrgängen und an hauswirtschaftlichen Berufsschulen in Betracht. Die Aliquotierungsbestimmungen des § 58 Abs. 7 sind anzuwenden.

(8) Kindergärtnerinnen und Horterzieherinnen der Verwendungsgruppe L 2b 1 sowie Erziehern der Verwendungsgruppe L 2b 1, die

1. eine Befähigungsprüfung für Kindergärtnerinnen (und Horterzieherinnen) oder eine Befähigungsprüfung für Erzieher aufweisen und
2. als

a) Lehrer für Unterrichtsgegenstände der Didaktik und Praxis an Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik und an Bildungsanstalten für Erzieher oder

b) Übungskindergärtnerinnen oder Übungshorterzieherinnen an Übungskindergärten oder Übungshorten oder Erzieher an Übungs(schüler)heimen oder Übungshorten

verwendet werden,

gebührt für die Dauer dieser Verwendung eine monatliche Dienstzulage, wenn sie die Zusatzprüfung aus Didaktik abgelegt und eine vierjährige einschlägige Berufs- oder Lehrpraxis zurückgelegt haben. Die Dienstzulage beträgt 350% der im § 58 Abs. 6 für die Verwendungsgruppe L 2b 1 vorgese-

henen Dienstzulage. Die Aliquotierungsbestimmungen des § 58 Abs. 7 sind anzuwenden.

(9) Erziehern der Verwendungsgruppe L 2b 1, die

1. a) eine Befähigungsprüfung für Erzieher oder
- b) eine Befähigungsprüfung für Erzieher gemeinsam mit einer Reifeprüfung an einer höheren Schule oder eine Reife- und Befähigungsprüfung für Erzieher aufweisen und

2. als

- a) Lehrer für Unterrichtsgegenstände der Didaktik und Praxis an Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik und an Bildungsanstalten für Erzieher oder
- b) Erzieher an Übungs(schüler)heimen oder Übungshorten verwendet werden,

gebührt, sofern nicht Abs. 8 anzuwenden ist, für die Dauer dieser Verwendung eine monatliche Dienstzulage. Die Dienstzulage beträgt im Fall der Z 1 lit. a 200%, im Fall der Z 1 lit. b 400% der im § 58 Abs. 6 für die Verwendungsgruppe L 2b 1 vorgesehenen Dienstzulage. Die Aliquotierungsbestimmungen des § 58 Abs. 7 sind anzuwenden.

(10) Erziehern der Verwendungsgruppe L 2b 1, die

1. eine Befähigungsprüfung für Erzieher aufweisen und
2. als Sondererzieher mit Befähigungsprüfung für Sondererzieher in der Betreuung behinderter Kinder und Jugendlicher verwendet werden,

gebührt für die Dauer dieser Verwendung eine monatliche Dienstzulage im Ausmaß von 400% der im § 58 Abs. 6 für die Verwendungsgruppe L 2b 1 vorgesehenen Dienstzulage. Die Aliquotierungsbestimmungen des § 58 Abs. 7 sind anzuwenden.

(11) Kindergärtnerinnen der Verwendungsgruppe L 2a 1, die

1. a) eine Befähigungsprüfung für Kindergärtnerinnen (und Horterzieherinnen) gemeinsam mit einer Reifeprüfung an einer höheren Schule oder
- b) eine Reife- und Befähigungsprüfung für Kindergärten (und Horte) aufweisen,
2. a) eine Befähigungsprüfung für Sonderkindergärtnerinnen oder
- b) eine Befähigungsprüfung für Sonderkindergärten und Frühförderung abgelegt haben,
3. a) als Sonderkindergärtnerinnen in der qualifizierten Betreuung behinderter Kinder an Übungskindergärten, Blindeninstituten oder Instituten für Gehörlosenbildung (mit ausbildender Tätigkeit jeweils im Mindestausmaß von zwölf Wochenstunden) oder
- b) als Lehrer im Lehrgang für Sonderkindergartenpädagogik verwendet werden,

4. die Zusatzprüfung aus Didaktik abgelegt haben und

5. eine vierjährige einschlägige Berufspraxis, davon eine zweijährige Praxis an Sonderkindergärten, zurückgelegt haben,

gebührt für die Dauer dieser Verwendung eine monatliche Dienstzulage. Die Dienstzulage beträgt 400% der im § 58 Abs. 6 für die Verwendungsgruppe L 2b 1 vorgesehenen Dienstzulage, wobei an die Stelle der Gehaltsstufen 1 bis 5 die Gehaltsstufen 1 bis 4, an die Stelle der Gehaltsstufen 6 bis 11 die Gehaltsstufen 5 bis 10 und an die Stelle der Gehaltsstufe 12 die Gehaltsstufe 11 treten. Die Aliquotierungsbestimmungen des § 58 Abs. 7 sind anzuwenden.

(12) Erziehern der Verwendungsgruppe L 2a 1, die

1. a) eine Befähigungsprüfung für Erzieher gemeinsam mit einer Reifeprüfung an einer höheren Schule oder
- b) eine Reife- und Befähigungsprüfung für Erzieher aufweisen,
2. eine Befähigungsprüfung für Sondererzieher abgelegt haben,
3. a) als Sondererzieher in der Betreuung behinderter Kinder und Jugendlicher oder
- b) als Lehrer im Lehrgang für die Ausbildung von Erziehern zu Sondererziehern verwendet werden,

gebührt für die Dauer dieser Verwendung eine monatliche Dienstzulage, wenn sie eine vierjährige einschlägige Berufspraxis, davon eine zweijährige Praxis an Sonderhorten oder Sonderheimen, zurückgelegt haben. Die Dienstzulage beträgt 50% der im § 58 Abs. 6 für die Verwendungsgruppe L 2b 1 vorgesehenen Dienstzulage, wobei an die Stelle der Gehaltsstufen 1 bis 5 die Gehaltsstufen 1 bis 4, an die Stelle der Gehaltsstufen 6 bis 11 die Gehaltsstufen 5 bis 10 und an die Stelle der Gehaltsstufe 12 die Gehaltsstufe 11 treten. Die Aliquotierungsbestimmungen des § 58 Abs. 7 sind anzuwenden.

(13) Die Dienstzulagen nach den Abs. 1 bis 12 sind ruhegenüßfähig, wenn die Verwendung, die den Anspruch auf die Dienstzulage begründet, mindestens ein Jahr gedauert hat und der Lehrer im Zeitpunkt der Versetzung oder des Übertrittes in den Ruhestand noch in dieser Verwendung gestanden ist. Bei Lehrern, deren Dienstzulage nach § 58 Abs. 7 zu bemessen ist, ist der Bemessung des Ruhegenusses der Durchschnittsbetrag der während der letzten fünf Jahre zustehenden Dienstzulage zugrunde zu legen.“

10. Im Art. II werden als Z 24 bis 32 eingefügt:

„24. Im § 59 a Abs. 1 werden ersetzt:

- a) In Z 1 der Betrag ‚804 S‘ durch den Betrag ‚836 S‘,

- b) in Z 2 der Betrag ,1 219 S' durch den Betrag ,1 267 S' und
- c) in Z 3 der Betrag ,1 673 S' durch den Betrag ,1 739 S'.

25. Im § 59 a Abs. 2 wird der Betrag ,804 S' durch den Betrag ,836 S' ersetzt.

26. Im § 59 a Abs. 2 a wird der Betrag ,174 S' durch den Betrag ,181 S' ersetzt.

27. Im § 59 a Abs. 3 wird der Betrag ,1 219 S' durch den Betrag ,1 267 S' ersetzt.

28. Im § 59 a Abs. 5 a Z 2 wird der Betrag ,966 S' durch den Betrag ,1 004 S' ersetzt.

29. Im § 59 b Abs. 1 werden ersetzt:

- a) in Z 1 lit. a, Z 2 lit. a und Z 3 lit. a der Betrag ,572 S' durch den Betrag ,595 S',
- b) in Z 1 lit. b, Z 2 lit. b, Z 2 lit. c und Z 3 lit. b der Betrag ,712 S' durch den Betrag ,740 S',
- c) in Z 1 lit. c und Z 2 lit. d der Betrag ,856 S' durch den Betrag ,890 S' und
- d) in Z 4 der Betrag ,286 S' durch den Betrag ,297 S'.

30. Im § 59 b Abs. 2 werden ersetzt:

- a) in Z 1 lit. a, Z 2 lit. a und Z 3 lit. a der Betrag ,572 S' durch den Betrag ,595 S',
- b) in Z 1 lit. b, Z 2 lit. b und Z 3 lit. b der Betrag ,712 S' durch den Betrag ,740 S',
- c) in Z 1 lit. c und Z 3 lit. c der Betrag ,787 S' durch den Betrag ,818 S',
- d) in Z 4 der Betrag ,562 S' durch den Betrag ,584 S' und
- e) in Z 5 der Betrag ,282 S' durch den Betrag ,293 S'.

31. Im § 59 b Abs. 3 wird in Z 1 der Betrag ,856 S' durch den Betrag ,890 S' und in Z 2 der Betrag ,1 004 S' durch den Betrag ,1 044 S' ersetzt.

32. Im § 59 b Abs. 4 wird der Betrag ,1 120 S' durch den Betrag ,1 164 S' ersetzt.“

11. Art. II Z 33 lautet:

„33. Im § 59 c Abs. 3 Z 1 wird die Zitierung ,§ 59 Abs. 8' durch die Zitierung ,§ 59 Abs. 13' ersetzt.“

12. Im Art. II wird als Z 34 eingefügt:

„34. Die Tabelle im § 60 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

in den Fällen der Z	in den Gehaltsstufen 1 bis 9	ab der Gehaltsstufe 10
	Schilling	
1 und 2	752	868
3	1 378	1 378“

13. Im Art. II werden als Z 36 bis 38 eingefügt:

„36. Im § 60 Abs. 3 wird der Betrag ,474 S' durch den Betrag ,493 S' und der Betrag ,395 S' durch den Betrag ,411 S' ersetzt.

37. Im § 60 Abs. 4 wird der Betrag ,143 S' durch den Betrag ,149 S' und der Betrag ,118 S' durch den Betrag ,123 S' ersetzt.

38. Die Tabelle im § 60 a Abs. 2 erhält folgende Fassung:

in der (den) Verwendungsgruppe(n)	in der Zulagenstufe				
	1	2	3	4	5
	Schilling				
L 1	4 404	4 838	5 569	6 300	7 031
L 2a	3 935	4 244	4 821	5 496	6 194
L 2b	3 193	3 650	4 150	4 294	4 555
L 3	2 807	2 944	3 210	3 500	3 791“

14. Art. II Z 39 lautet:

„39. Im § 61 Abs. 4 wird die Zitierung ,§ 59 Abs. 3 bis 7,' durch die Zitierung ,§ 59 Abs. 3 bis 12,' ersetzt.“

15. Im Art. II werden als Z 40 bis 61 eingefügt:

„40. Im § 62 a Abs. 2 wird der Betrag ,4 628 S' durch den Betrag ,4 811 S' ersetzt.

41. Im § 62 a Abs. 3 wird der Betrag ,681 S' durch den Betrag ,708 S' ersetzt.

42. Im § 62 a Abs. 5 wird der Betrag ,6 619 S' durch den Betrag ,7 088 S' ersetzt.

43. Die Tabelle im § 65 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

in der Gehaltsstufe	in der Verwendungsgruppe	
	S 2	S 1
	Schilling	
1	30 725	39 632
2	32 206	41 699
3	33 687	43 765
4	35 165	45 832
5	36 645	47 898
6	39 124	49 966
7	41 602	52 032
8	44 079	54 556
9	46 561	57 455
10	49 039	60 361

44. Im § 65 Abs. 3 wird der Betrag ,1 369 S' durch den Betrag ,1 423 S' und der Betrag ,2 739 S' durch den Betrag ,2 847 S' ersetzt.

45. Im § 65 Abs. 4 wird der Betrag ,1 607 S' durch den Betrag ,1 670 S' ersetzt.

46. Die Tabelle im § 72 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

in der Gehaltsstufe	Schilling
1	12 074
2	12 240
3	12 405
4	12 570

902 der Beilagen

13

in der Gehaltsstufe	Schilling
5	12 734
6	13 138
7	13 405
8	13 675
9	13 940
10	14 207

47. § 73 Abs. 1 lautet:

„(1) Dem Wachebeamten gebührt eine ruhege-nußfähige Dienstzulage. Sie beträgt während der Dauer des provisorischen Dienstverhältnisses 299 S und im definitiven Dienstverhältnis

in der Verwendungsgruppe W 3	
Dienstzeit	Dienstzulage
Jahre	Schilling
—	480
10	622
16	875
22	1 108
30	1 319

in der Verwendungsgruppe W 2		
in der	in der Dienstzulagenstufe	
	1	2
Schilling		
Grundstufe	622	1 108
Dienst- a)	1 319	1 887
stufe 1 b)	1 670	2 389
Dienststufe 2	2 389	2 950
Dienststufe 3	3 517	4 210

in der Verwendungsgruppe W 1		
in den Dienst- klassen	bei Führung eines Amstitels, der einem der nachstehend angeführten Amstitel vergleich- bar ist	Dienstzulage
		Schilling
III und IV	Leutnant	1 409
	Oberleutnant	1 654
	Hauptmann	2 152
ab der Dienstklasse V		2 357 ^c

48. Im § 73 a werden ersetzt:

- der Betrag ,966 S^c durch den Betrag ,1 004 S^c,
- der Betrag ,1 019 S^c durch den Betrag ,1 059 S^c und
- der Betrag ,1 209 S^c durch den Betrag ,1 257 S^c.

49. Im § 73 b Abs. 1 wird der Betrag ,572 S^c durch den Betrag ,595 S^c ersetzt.

50. Die Tabelle im § 74 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

in der Verwendungsgruppe	Schilling
W 3	737

in der Verwendungsgruppe	Schilling
W 2	863
W 1	989

51. § 74 b Abs. 1 lautet:

„(1) Dem Wachebeamten gebührt für wachespezi-fische Belastungen eine monatliche Vergütung von 832 S^c.“

52. Die Tabelle im § 76 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

in den Dienst- klassen	bei Führung eines Amstitels, der einem der nachstehend angeführten Amstitel vergleich- bar ist	Dienstzulage
		Schilling
III und IV	Fähnrich	836
	Leutnant	1 044
	Oberleutnant	1 253
	Hauptmann	1 459
ab der Dienstklasse V		1 629

53. Im § 76 a Abs. 1 werden ersetzt:

- der Betrag ,1 146 S^c durch den Betrag ,1 191 S^c,
- der Betrag ,862 S^c durch den Betrag ,896 S^c und
- der Betrag ,573 S^c durch den Betrag ,596 S^c.

54. Im § 77 Abs. 1 wird der Betrag ,951 S^c durch den Betrag ,989 S^c ersetzt.

55. Die Tabelle im § 78 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

in der Gehalts- stufe	in der Verwendungsgruppe						
	H 4			H 3			
	in der Dienststufe						
	1	2	3	4	5	6	7
Schilling							
1	10 774	11 018	11 144	11 266	11 890	—	—
2	10 830	11 075	11 201	11 320	12 012	12 053	12 093
3	10 886	11 130	11 256	11 379	12 135	12 176	12 217
4	10 941	11 185	11 312	11 435	12 259	12 267	12 405
5	10 997	11 242	11 367	11 489	12 379	12 510	12 649
6	11 111	11 354	11 479	11 603	12 626	12 759	12 897
7	11 222	11 467	11 591	11 715	12 871	13 005	13 141

56. Im § 79 a wird der Betrag ,2 436 S^c durch den Betrag ,2 532 S^c ersetzt.

57. Im § 79 b wird der Betrag ,467 S^c durch den Betrag ,485 S^c und der Betrag ,561 S^c durch den Betrag ,583 S^c ersetzt.

58. Die Tabelle im § 82 a Abs. 2 erhält folgende Fassung:

in der Gehaltsstufe	in der Verwendungsgruppe								
	PT 9	PT 8	PT 7	PT 6	PT 5	PT 4	PT 3	PT 2	PT 1
	Schilling								
1	13 193	13 754	13 885	14 343	14 343	16 191	16 191	16 191	19 657
2	13 305	13 892	14 068	14 501	14 501	16 544	16 544	16 544	19 657
3	13 423	14 055	14 273	14 711	15 446	16 966	16 966	16 966	19 657
4	13 549	14 242	14 503	14 976	15 496	17 457	17 469	17 469	20 693
5	13 683	14 455	14 758	15 288	15 641	18 013	18 052	18 492	21 791
6	13 822	14 693	15 037	15 657	15 883	18 632	18 713	19 167	22 950
7	13 969	14 954	15 341	16 083	16 234	19 313	19 459	19 945	24 175
8	14 122	15 242	15 669	16 576	16 683	20 056	20 281	20 822	25 460
9	14 282	15 555	16 029	17 122	17 235	20 862	21 185	21 804	26 805
10	14 450	15 891	16 420	17 722	17 883	21 733	22 167	22 888	28 214
11	14 625	16 266	16 838	18 377	18 631	22 663	23 233	24 073	29 687
12	14 805	16 670	17 281	19 088	19 480	23 657	24 380	25 361	31 218
13	14 995	17 100	17 751	19 851	20 429	24 712	25 606	26 754	32 815
14	15 189	17 553	18 245	20 669	21 477	25 828	26 908	28 245	34 475
15	15 392	18 035	18 763	21 543	22 624	27 008	28 293	29 842	36 193
16	15 602	18 541	19 308	22 470	23 872	28 254	29 759	31 543	37 975
17	15 818	19 073	19 877	23 452	25 217	29 559	31 306	33 342	39 821

59. Im § 82 a Abs. 3 wird der Betrag ,2 652 S' durch den Betrag ,2 757 S' und der Betrag ,2 891 S' durch den Betrag ,3 005 S' ersetzt.

60. Im § 62 a Abs. 5 wird in Z 1 der Betrag ,87 645 S' durch den Betrag ,91 107 S' und in Z 2 der Betrag ,83 227 S' durch den Betrag ,86 514 S' ersetzt.

61. Die Tabelle im § 82 c Abs. 1 erhält folgende Fassung:

auf Arbeitsplätzen der Verwendungsgruppe	in der Dienstzulagengruppe	in den Gehaltsstufen		ab der Gehaltsstufe 15
		1 bis 10	11 bis 14	
		Schilling		
PT 1	S	12 887	24 606	39 369
	1	11 351	14 187	25 537
	2	8 512	11 351	22 697
	3	7 802	10 641	14 187
	3b	7 091	9 932	14 187
PT 2	1	7 091	9 932	12 059
	1b	1 420	6 384	12 059
	2	2 838	6 384	8 512
	2b	994	2 838	8 512
	3	1 420	2 838	5 675
PT 3	3b	994	2 838	5 675
	1	1 420	2 838	4 257
	1b	994	2 838	4 257
	2	994	1 986	2 978
	3	708	1 135	1 559
PT 4	1	634	922	1 346
PT 5	1	284	425	569 ^a

16. Art. II Z 63 lautet:

„63. Die Tabelle im § 82 c Abs. 5 erhält folgende Fassung:

in der Verwendungsgruppe	in der Dienstzulagengruppe	für die Verwendung als (im)	Schilling
PT 5	A	Bauntruppführer	850
	B	Lehrmeister in einer Lehrwerkstätte	1 890
PT 7	A	Dienst des Facharbeiters als Vorarbeiter, der im einschlägigen Lehrberuf verwendet wird und mit der Überwachung der Tätigkeit anderer Arbeiter beauftragt ist	425

902 der Beilagen

in der Verwendungsgruppe	in der Dienstzulagengruppe	für die Verwendung als (im)	Schilling
	B	Omnibuslenkerdienst	2 070
PT 8	A	Omnibuslenkerdienst	2 070
	B	Landzustelldienst, Codierer bei automatischen Verteilanlagen	425 ⁴⁴

17. Im Art. II werden als Z 64 bis 72 eingefügt:
 „64. Die Tabelle im § 84 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

in der Gehaltsstufe	in der Verwendungsgruppe					
	K 6	K 5	K 4	K 3	K 2	K 1
	Schilling					
1	14 643	15 989	16 469	19 282	17 515	19 567
2	14 921	16 423	16 919	19 810	18 028	20 144
3	15 196	16 861	17 370	20 339	18 542	20 720
4	15 475	17 297	17 820	20 867	19 057	21 295
5	15 753	17 733	18 270	21 396	19 572	21 871
6	16 036	18 170	18 719	21 925	20 631	23 059
7	16 325	18 606	19 169	22 454	21 692	24 246
8	16 694	19 167	19 747	23 133	22 753	25 434
9	17 064	19 728	20 325	23 813	23 813	26 623
10	17 433	20 290	20 904	24 492	24 874	27 810
11	17 804	20 850	21 482	25 173	25 934	28 998
12	18 174	21 412	22 062	25 851	26 995	30 185
13	18 542	21 972	22 639	26 530	28 056	31 372
14	18 912	22 674	23 364	27 380	29 115	32 560
15	19 282	23 375	24 085	28 232	30 177	33 749
16	19 651	24 077	24 809	29 080	31 236	34 937
17	20 022	24 778	25 532	29 930	32 297	36 125
18	20 391	25 480	26 255	30 781	33 358	37 312
19	20 760	26 181	26 977	31 628	34 418	38 499
20	21 130	26 881	27 701	32 478	35 478	39 686

65. Im § 84 b Abs. 2 werden ersetzt:
 a) in Z 1 der Betrag ,2 003 S⁴ durch den Betrag ,2 082 S⁴,
 b) in Z 2 der Betrag ,2 577 S⁴ durch den Betrag ,2 679 S⁴,
 und
 c) in Z 3 der Betrag ,3 150 S⁴ durch den Betrag ,3 274 S⁴.

66. Im § 84 c Abs. 1 wird in Z 1 der Betrag ,1 479 S⁴ durch den Betrag ,1 537 S⁴ und in Z 2 der Betrag ,1 682 S⁴ durch den Betrag ,1 748 S⁴ ersetzt.

67. Im § 85 b Abs. 1 wird der Betrag ,448 S⁴ durch den Betrag ,466 S⁴ ersetzt.

68. Im § 85 d Abs. 1 wird der Betrag ,2 149 S⁴ durch den Betrag ,2 234 S⁴ ersetzt.

69. Im § 85 d Abs. 2 Z 1 wird der Betrag ,481 S⁴ durch den Betrag ,500 S⁴ ersetzt.

70. Nach § 85 e wird folgender § 85 f eingefügt:

„Vergütung im militärluftfahrttechnischen Dienst

§ 85 f. (1) Beamten der Allgemeinen Verwaltung, Beamten in handwerklicher Verwendung und Berufsoffizieren gebührt eine monatliche Vergütung, wenn sie

- zur Ausübung von Tätigkeiten im militärluftfahrttechnischen Dienst gemäß der Militärluftfahrt-Personalverordnung 1968, BGBl. Nr. 395, berechtigt sind und
- diese Tätigkeiten auf einem Arbeitsplatz des militärluftfahrttechnischen Dienstes auch tatsächlich ausüben.

(2) Diese Vergütung beträgt für

die Verwendung	für Berufsoffiziere und Beamte, die nach § 11 des Wehrgesetzes 1990 zur Ausübung einer Unteroffiziersfunktion herangezogen werden	für sonstige Beamte
	Schilling	
1. im luftfahrttechnischen Assistenzdienst		
a) ohne einschlägige Berufsausbildung	100	100
b) mit einschlägiger Berufsausbildung in praktischer und theoretischer Ausbildung zum Wart	200	200
2. als Wart mit Grundbefähigung	700	1 700
3. als Wart I. Klasse mit Grundbefähigung	1 900	2 900
4. als Prüf- und Werkmeister mit Grundbefähigung	3 000	4 000
5. im leitenden militärluftfahrttechnischen Dienst der Verwendungsgruppen H 2 und B	2 300	3 750
6. im leitenden militärluftfahrttechnischen Dienst der Verwendungsgruppen H 1 und A	1 700	3 150

(3) Auf die Vergütung sind die für die negebühreuzulagenrechtliche Behandlung der Erschwerniszulagen maßgebenden Bestimmungen des Nebengebühreuzulagengesetzes anzuwenden.

(4) Der Anspruch auf die Vergütung nach Abs. 1 wird durch einen Urlaub, während dessen der Beamte den Anspruch auf Monatsbezüge behält, oder eine Dienstverhinderung auf Grund eines Dienstunfalles nicht berührt. Ist der Beamte aus

einem anderen Grund länger als einen Monat vom Dienst abwesend, so ruht die Vergütung von dem auf den Ablauf dieser Frist folgenden Monatsersten bis zum Letzten des Monats, in dem der Beamte den Dienst wieder antritt. Anspruch auf die Vergütung kann jedoch immer nur für Zeiträume bestehen, für die auch ein Anspruch auf Gehalt besteht.

(5) Die Vergütung gebührt dem Beamten

1. bei Herabsetzung der Wochendienstzeit auf die Hälfte nach den §§ 50 a oder 50 b BDG 1979,
2. bei Teilzeitbeschäftigung nach § 15 c MSchG oder
3. bei Teilzeitbeschäftigung nach § 8 EKUG in dem Ausmaß, das der Arbeitszeit entspricht.

71. § 86 Abs. 2 Z 1 bis 6 lautet:

1. Beamte der Allgemeinen Verwaltung, Wachbeamte und Berufsoffiziere

a) in den Verwendungsgruppen E und D

in der Verwendungsgruppe E, Dienstklasse III		in der Verwendungsgruppe D, Dienstklasse III	
die Gehaltsstufe	Schilling	die Gehaltsstufe	Schilling
19	14 206	18	17 309
20	14 364	19	18 112

b) in den Verwendungsgruppen A, H 1, B, W 1, H 2, C und W 2

in der Dienstklasse	die Gehaltsstufe		
	10	9	7
Schilling			
IV	23 725	—	—
V	28 786	—	—
VI	36 316	—	—
VII	51 302	—	—
VIII	—	68 679	—
IX	—	—	82 584

2. Beamte in handwerklicher Verwendung

die Gehaltsstufe	in der Dienstklasse				
	IV	III			
	P 1	P 2	P 3	P 4	P 5
Schilling					
10	23 725	—	—	—	—
18	—	17 815	17 309	—	—
19	—	18 441	18 112	15 270	14 206
20	—	—	—	15 474	14 364

3. Universitäts(Hochschul)professoren

in der Gehaltsstufe	für	
	Außerordentliche Universitätsprofessoren	Ordentliche Universitäts(Hochschul)professoren
	Schilling	
11	—	68 561
16	61 656	—

4. Lehrer

die Gehaltsstufe	in der Verwendungsgruppe							
	L 3	L 2b 1	L 2b 2	L 2b 3	L 2a 1	L 2a 2	L 1	L PA
	Schilling							
18	24 125	29 989	32 437	33 045	35 052	40 310	—	—
19	25 057	31 180	33 696	34 305	36 340	41 923	49 602	56 546
20	—	—	—	—	—	—	52 100	59 177

5. Beamte des Schulaufsichtsdienstes

die Gehaltsstufe	in der Verwendungsgruppe	
	S 2	S 1
	Schilling	
11	51 520	63 262

6. Beamte der Post- und Telegraphenverwaltung

in der Gehaltsstufe	in der Verwendungsgruppe								
	PT 9	PT 8	PT 7	PT 6	PT 5	PT 4	PT 3	PT 2	PT 1
	Schilling								
18	16 039	19 606	20 448	24 434	26 563	30 865	32 850	35 144	41 665
19	16 264	20 139	21 020	—	—	—	—	—	—

72. Im § 86 Abs. 3 wird der Betrag ,3 396 S' durch den Betrag ,3 530 S' ersetzt."

18. Art. II Z 73 lautet:

„73. § 90 erhält die Absatzbezeichnung ,(1)'. Folgender Abs. 2 wird angefügt:

„(2) Es treten in Kraft:

1. § 58 Abs. 5 Z 4 und 5, § 59 Abs. 7 bis 13, § 59 c Abs. 3 Z 1, § 61 Abs. 4 und § 94 a in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. xxx/1992 mit 1. September 1992,
2. § 60 Abs. 3 in der Fassung des Art. I Z 35 des Bundesgesetzes BGBl. Nr. xxx/1992 mit 1. September 1992,
3. § 4 Abs. 7 a, § 16 samt Überschrift, § 17 Abs. 5, § 28 Abs. 3, § 30 Abs. 1, § 30 b Abs. 2, § 30 c Abs. 2, § 38 Abs. 1, § 38 a Abs. 1, § 39 Abs. 3, § 42 Abs. 1, § 43 Abs. 1, § 48 Abs. 3, § 50 Abs. 3, § 55 Abs. 1, § 56 Abs. 2, § 57 Abs. 2, § 58 Abs. 4 und 6, § 59 Abs. 2, § 59 a Abs. 1, 2, 2 a, 3 und 5 a, § 59 b, § 60 Abs. 1 und 4, § 60 a Abs. 2, § 62 a Abs. 2, 3 und 5, § 65 Abs. 1, 3

und 4, § 72 Abs. 1, § 73 Abs. 1, § 73 a, § 73 b Abs. 1, § 74 Abs. 1, § 74 b Abs. 1, § 76 Abs. 1, § 76 a Abs. 1, § 77 Abs. 1, § 78 Abs. 1, § 79 a, § 79 b, § 82 a Abs. 2, 3 und 5, § 82 c Abs. 1, 2 und 5, § 84 Abs. 1, § 84 b Abs. 2, § 84 c Abs. 1, § 85 b Abs. 1, § 85 d Abs. 1 und 2, § 85 f samt Überschrift, § 86 Abs. 2 und 3 und § 93 Abs. 1, 4 und 5 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. xxx/1992 mit 1. Jänner 1993,

4. § 60 Abs. 3 in der Fassung des Art. I Z 36 des Bundesgesetzes BGBl. Nr. xxx/1992 mit 1. Jänner 1993.“

19. Im Art. II werden als Z 74 bis 76 eingefügt:

„74. Im § 93 Abs. 1 wird der Betrag ,990 S‘ durch den Betrag ,1 029 S‘ ersetzt.

75. Im § 93 Abs. 4 wird der Betrag ,450 S‘ durch den Betrag ,468 S‘ ersetzt.

76. Die Tabelle im § 93 Abs. 5 erhält folgende Fassung:

Gehaltsstufe	Schilling
1	577
2	583
3	575
4	578
5	726
6	692“

20. Art. II Z 77 lautet:

„77. Nach § 94 wird folgender § 94 a eingefügt:

§ 94 a. Wenn es für den Lehrer günstiger ist, sind in der Zeit von 1. September 1992 bis zum 31. Jänner 1993 anstelle des § 58 Abs. 5, des § 59 Abs. 7 bis 13 und des § 60 Abs. 3 in der geltenden Fassung § 58 Abs. 5, § 59 Abs. 7 und 8 und § 60 Abs. 3 in der bis zum Ablauf des 31. August 1992 geltenden Fassung anzuwenden.“

21. Im Art. III erhalten

die Z	die Bezeichnung Z
1	8
2	9
3	10
4	11
5	13
6	14
7	16
8	19
9	27
10	28
11	29
12	34
13	38
14	39

22. Im Art. III werden als Z 1 bis 7 eingefügt:

„1. Im § 1 Abs. 3 erhält die lit. k die Bezeichnung ,l‘.

Als neue lit. k wird eingefügt:

,k) auf Personen, die ausschließlich für eine Tätigkeit im Ausland aufgenommen werden und ihren Mittelpunkt der Lebensinteressen im Ausland haben, wenn mit ihnen Dienstverträge nach dem für den Dienort maßgebenden ausländischen Recht abgeschlossen werden;“

2. Im § 2 c Abs. 2 werden ersetzt:

- a) in Z 1 der Betrag ,6 253 S‘ durch den Betrag ,6 500 S‘,
- b) in Z 2 der Betrag ,7 442 S‘ durch den Betrag ,7 763 S‘.

3. Die Überschrift vor § 6 a entfällt mit Ablauf des 31. Dezember 1992.

4. § 6 a Abs. 1 lautet:

§ 6 a. (1) Der Dienstgeber kann den Vertragsbediensteten mit seiner Zustimmung

- 1. zu Ausbildungszwecken oder
- 2. als Nationalen Experten

zu einer Einrichtung entsenden, die im Rahmen der europäischen Integration oder der OECD tätig ist. Auf diese dem Vertragsbediensteten außerhalb seines Pflichtenkreises zugewiesene Tätigkeit ist § 39 a Abs. 2 bis 4 BDG 1979 anzuwenden.“

5. Die Tabelle im § 11 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

in der Entlohnungsstufe	in der Entlohnungsgruppe				
	a	b	c	d	e
Schilling					
1	19 010	14 737	12 875	12 278	11 680
2	19 502	15 133	13 217	12 543	11 830
3	19 995	15 529	13 558	12 808	11 979
4	20 490	15 930	13 899	13 075	12 129
5	20 983	16 354	14 240	13 338	12 278
6	21 477	16 787	14 581	13 603	12 429
7	22 316	17 239	14 923	13 868	12 578
8	23 163	17 688	15 265	14 132	12 728
9	24 006	18 323	15 605	14 398	12 876
10	24 846	18 962	15 950	14 663	13 029
11	25 688	19 802	16 313	14 928	13 177
12	26 526	20 646	16 684	15 191	13 328
13	27 369	21 486	17 067	15 456	13 475
14	28 212	22 324	17 454	15 723	13 625
15	29 052	23 166	17 844	15 993	13 776
16	30 152	24 008	18 232	16 273	13 925
17	31 249	24 854	18 622	16 561	14 075
18	32 348	25 693	19 010	16 851	14 225
19	33 448	26 538	19 397	17 156	14 374
20	34 550	27 377	19 786	17 454	14 525
21	—	—	20 174	17 759	14 674

6. Die Tabelle im § 14 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

in der Entlohnungsstufe	in der Entlohnungsgruppe				
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5
Schilling					
1	12 950	12 649	12 349	12 047	11 745
2	13 294	12 946	12 615	12 255	11 898

in der Entlohnungsstufe	in der Entlohnungsgruppe				
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5
	Schilling				
3	13 639	13 241	12 880	12 464	12 048
4	13 982	13 536	13 148	12 673	12 202
5	14 328	13 830	13 415	12 880	12 351
6	14 669	14 126	13 682	13 088	12 501
7	15 017	14 421	13 945	13 299	12 652
8	15 360	14 713	14 213	13 507	12 805
9	15 704	15 009	14 479	13 714	12 954
10	16 054	15 307	14 746	13 925	13 105
11	16 424	15 602	15 013	14 134	13 257
12	16 798	15 898	15 279	14 343	13 411
13	17 190	16 208	15 544	14 551	13 560
14	17 584	16 531	15 812	14 759	13 710
15	17 974	16 851	16 086	14 970	13 864

in der Entlohnungsstufe	in der Entlohnungsgruppe				
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5
	Schilling				
16	18 369	17 187	16 370	15 178	14 012
17	18 758	17 525	16 662	15 388	14 165
18	19 148	17 858	16 958	15 596	14 315
19	19 542	18 195	17 264	15 805	14 467
20	19 933	18 531	17 565	16 018	14 617
21	20 324	18 869	17 869	16 241	14 771

7. Im § 22 Abs. 2 wird in der Tabelle der Betrag ,1 484 S' durch den Betrag ,1 543 S' und der Betrag ,1 886 S' durch den Betrag ,1 960 S' ersetzt."

23. Im Art. III wird als Z 12 eingefügt:

„12. Die Tabelle im § 41 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

in der Entlohnungsstufe	in der Entlohnungsgruppe							
	l pa	l 1	l 2a 2	l 2a 1	l 2b 3	l 2b 2	l 2b 1	l 3
	Schilling							
1	23 268	20 932	18 954	17 652	17 835	17 189	16 007	14 221
2	23 268	21 643	19 554	18 211	18 114	17 467	16 328	14 491
3	23 268	22 359	20 152	18 767	18 393	17 746	16 667	14 758
4	25 322	23 158	20 752	19 326	18 671	18 025	17 006	15 027
5	27 385	24 885	21 350	19 884	18 952	18 307	17 360	15 295
6	29 444	26 697	22 578	21 023	20 067	19 426	18 272	15 710
7	31 500	28 512	24 055	22 200	21 186	20 545	19 192	16 359
8	33 555	30 263	25 524	23 376	22 305	21 660	20 109	17 046
9	35 624	32 076	27 219	24 727	23 423	22 779	21 018	17 747
10	37 695	33 937	28 917	26 085	24 542	23 897	21 934	18 455
11	39 770	35 586	30 633	27 459	25 656	25 015	22 845	19 166
12	41 854	37 387	32 346	28 822	26 994	26 352	24 108	19 864
13	43 928	39 188	34 055	30 199	28 328	27 686	25 371	20 575
14	46 004	40 991	35 768	31 572	29 671	29 025	26 630	21 290
15	48 086	42 790	37 480	32 940	31 004	30 362	27 892	22 263
16	50 979	44 537	38 999	34 134	32 178	31 536	29 004	23 240
17	53 734	46 815	40 600	35 405	33 413	32 774	30 171	24 212
18	56 490	46 815	42 303	36 761	34 735	34 099	31 415	25 186
19	59 236	50 227	43 859	37 990	35 934	35 298	32 550	26 157"

24. Art. III Z 13 lautet:

„13. Dem § 41 werden folgende Abs. 5 bis 12 angefügt:

„(5) Kindergärtnerinnen und Horterzieherinnen der Entlohnungsgruppe l 2b 1 sowie Erzieher der Entlohnungsgruppe l 2b 1, die

1. a) eine Befähigungsprüfung für Kindergärtnerinnen (und Horterzieherinnen) oder eine Befähigungsprüfung für Erzieher oder
- b) eine Reife- und Befähigungsprüfung für Kindergärten (und Horte) oder eine Reife- und Befähigungsprüfung für Erzieher aufweisen und
2. als
 - a) Lehrer für Unterrichtsgegenstände der Didaktik und Praxis an Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik und an Bildungsanstalten für Erzieher oder
 - b) Übungskindergärtnerinnen oder Übungshortlerzieherinnen an Übungskindergärten oder Übungshorten oder Erzieher an

Übungs(schüler)heimen oder Übungshorten oder

- c) Sonderkindergärtnerinnen mit Befähigungsprüfung für Sonderkindergärtnerinnen oder für Sonderkindergärten und Frühförderung in der qualifizierten Betreuung behinderter Kinder an Übungs-kindergärten, Blindeninstituten oder Instituten für Gehörlosenbildung

verwendet werden,

gebührt für die Dauer dieser Verwendung eine monatliche Dienstzulage nach den Abs. 6 und 7. Abs. 2 ist nicht anzuwenden.

(6) Die Dienstzulage nach Abs. 5 beträgt bei einer Verwendung gemäß Abs. 5 Z 2 lit. a oder b

1. im Fall des Abs. 5 Z 1 lit. a
 - a) 350% der im § 58 Abs. 6 des Gehaltsgesetzes 1956 für die Verwendungsgruppe L 2b 1 vorgesehenen Dienstzulage, wenn die Zusatzprüfung aus Didaktik abgelegt und eine vierjährige einschlägige Berufs- oder Lehrpraxis zurückgelegt wurde,

- b) 200% der im § 58 Abs. 6 des Gehaltsgesetzes 1956 für die Verwendungsgruppe L 2b 1 vorgesehenen Dienstzulage, wenn die Erfordernisse der lit. a nicht erfüllt werden;
2. im Fall des Abs. 5 Z 1 lit. b 400% der im § 58 Abs. 6 des Gehaltsgesetzes 1956 für die Verwendungsgruppe L 2b 1 vorgesehenen Dienstzulage.

(7) Die Dienstzulage nach Abs. 5 beträgt bei einer Verwendung gemäß Abs. 5 Z 2 lit. c 400% der im § 58 Abs. 6 des Gehaltsgesetzes 1956 für die Verwendungsgruppe L 2b 1 vorgesehenen Dienstzulage.

- (8) Erziehern der Entlohnungsgruppe l 2b 1, die
1. eine Befähigungsprüfung für Erzieher aufweisen und
 2. als Sondererzieher mit Befähigungsprüfung für Sondererzieher in der Betreuung behinderter Kinder und Jugendlicher verwendet werden,

gebührt für die Dauer dieser Verwendung eine monatliche Dienstzulage im Ausmaß von 400% der im § 58 Abs. 6 des Gehaltsgesetzes 1956 für die Verwendungsgruppe L 2b 1 vorgesehenen Dienstzulage. Die Aliquotierungsbestimmungen des § 58 Abs. 7 des Gehaltsgesetzes 1956 sind anzuwenden. Abs. 2 ist nicht anzuwenden.

(9) Kindergärtnerinnen der Entlohnungsgruppe l 2a 1, die

1. a) eine Befähigungsprüfung für Kindergärtnerinnen (und Horterzieherinnen) gemeinsam mit einer Reifeprüfung an einer höheren Schule oder
- b) eine Reife- und Befähigungsprüfung für Kindergärten (und Horte) aufweisen,
2. eine Befähigungsprüfung für Sonderkindergärtnerinnen oder für Sonderkindergärten und Frühförderung abgelegt haben und
3. a) als Sonderkindergärtnerinnen in der qualifizierten Betreuung behinderter Kinder an Übungskindergärten, Blindeninstituten oder Instituten für Gehörlosenbildung (mit ausbildender Tätigkeit jeweils im Mindestausmaß von zwölf Wochenstunden) oder
- b) als Lehrer im Lehrgang für Sonderkindergartenpädagogik verwendet werden,

gebührt für die Dauer dieser Verwendung eine monatliche Dienstzulage nach Abs. 10. Abs. 2 ist nicht anzuwenden.

(10) Die Dienstzulage nach Abs. 9 beträgt

1. 400% der im § 58 Abs. 6 des Gehaltsgesetzes 1956 für die Verwendungsgruppe L 2b 1 vorgesehenen Dienstzulage, wenn die Zusatzprüfung aus Didaktik abgelegt und eine vierjährige einschlägige Berufs- oder Lehrpraxis zurückgelegt wurde,

2. 100% der im § 58 Abs. 6 des Gehaltsgesetzes 1956 für die Verwendungsgruppe L 2b 1 vorgesehenen Dienstzulage, wenn die Erfordernisse der Z 1 nicht erfüllt werden,

wobei an die Stelle der Gehaltsstufen 1 bis 5 die Entlohnungsstufen 1 bis 4, an die Stelle der Gehaltsstufen 6 bis 11 die Entlohnungsstufen 5 bis 10 und an die Stelle der Gehaltsstufe 12 die Entlohnungsstufe 11 treten.

(11) Erziehern der Entlohnungsgruppe l 2a 1, die

1. a) eine Befähigungsprüfung für Erzieher gemeinsam mit einer Reifeprüfung an einer höheren Schule oder
- b) eine Reife- und Befähigungsprüfung für Erzieher aufweisen,
2. eine Befähigungsprüfung für Sondererzieher abgelegt haben,
3. a) als Sondererzieher in der Betreuung behinderter Kinder und Jugendlicher oder
- b) als Lehrer im Lehrgang für die Ausbildung von Erziehern zu Sondererziehern verwendet werden,

gebührt für die Dauer dieser Verwendung eine monatliche Dienstzulage, wenn sie eine vierjährige einschlägige Berufspraxis, davon eine zweijährige Praxis an Sonderhorten oder Sonderheimen, zurückgelegt haben. Die Dienstzulage beträgt 50% der im § 58 Abs. 6 des Gehaltsgesetzes 1956 für die Verwendungsgruppe L 2b 1 vorgesehenen Dienstzulage, wobei an die Stelle der Gehaltsstufen 1 bis 5 die Entlohnungsstufen 1 bis 4, an die Stelle der Gehaltsstufen 6 bis 11 die Entlohnungsstufen 5 bis 10 und an die Stelle der Gehaltsstufe 12 die Entlohnungsstufe 11 treten. Abs. 2 ist nicht anzuwenden.

(12) Die Aliquotierungsbestimmungen des § 58 Abs. 7 des Gehaltsgesetzes 1956 sind auf die Dienstzulagen nach den Abs. 5 bis 11 anzuwenden.“

25. Im Art. III wird als Z 15 eingefügt:

„15. Die Tabelle im § 44 erhält folgende Fassung:

in der Entlohnungsgruppe	für Unterrichtsgegenstände der Lehrverpflichtungsgruppe	für jede Jahreswochenstunde Schilling
l pa		21 264
l 1	I	16 212
	II	15 348
	III	14 592
	IV	12 684
	IV a	13 272
	IV b	13 572
	V	12 156
l 2a 2		10 680
l 2a 1		9 948
l 2b 3		9 480
l 2b 2		9 156
l 2b 1		8 676
l 3		8 184“

26. Im Art. III werden als Z 17 und 18 eingefügt:

„17. Im § 44 a Abs. 2 werden ersetzt:

- a) der Betrag ,572,40 S' durch den Betrag ,595,00 S',
- b) der Betrag ,171,90 S' durch den Betrag ,178,70 S',
- c) der Betrag ,207,80 S' durch den Betrag ,216,00 S', und
- d) der Betrag ,62,30 S' durch den Betrag ,64,80 S'.

18. Im § 44 a Abs. 3 und 4 werden ersetzt:

- a) in Abs. 3 und Abs. 4 Z 1 und 2 der Betrag ,383,10 S' durch den Betrag ,398,20 S',
- b) in Abs. 3 und Abs. 4 Z 3 der Betrag ,701,60 S' durch den Betrag ,729,30 S' und
- c) in Abs. 4 Z 4 der Betrag ,315,00 S' durch den Betrag ,327,40 S'.

27. Im Art. III werden als Z 20 bis 26 eingefügt:

„20. Im § 44 a Abs. 5 werden ersetzt:

- a) der Betrag ,250,70 S' durch den Betrag ,260,60 S',
- b) der Betrag ,207,80 S' durch den Betrag ,216,00 S',
- c) der Betrag ,75,30 S' durch den Betrag ,78,30 S' und
- d) der Betrag ,62,30 S' durch den Betrag ,64,80 S'.

21. Im § 44 a Abs. 6 wird der Betrag ,426,40 S' durch den Betrag ,443,20 S' ersetzt.

22. Im § 44 a Abs. 7 wird der Betrag ,90,70 S' durch den Betrag ,94,30 S' ersetzt.

23. Im § 44 a Abs. 8 werden ersetzt:

- a) in Z 1 der Betrag ,415,80 S' durch den Betrag ,432,20 S',
- b) in Z 2 der Betrag ,631,10 S' durch den Betrag ,656,00 S' und
- c) in Z 3 der Betrag ,865,90 S' durch den Betrag ,900,10 S'.

24. Im Abs. 44 a Abs. 9 wird der Betrag ,731,70 S' durch den Betrag ,760,60 S' ersetzt.

25. Im § 44 b werden ersetzt:

- a) in Abs. 1 Z 1 und Abs. 2 Z 1 der Betrag ,6 841 S' durch den Betrag ,7 111 S',
- b) in Abs. 1 Z 2 und Abs. 2 Z 2 der Betrag ,8 548 S' durch den Betrag ,8 886 S',
- c) in Abs. 1 Z 3 der Betrag ,10 270 S' durch den Betrag ,10 676 S' und
- d) in Abs. 2 Z 3 der Betrag ,9 446 S' durch den Betrag ,9 819 S'.

26. Im § 44 c Abs. 1 werden ersetzt:

- a) der Betrag ,40 961 S' durch den Betrag ,42 579 S',
- b) der Betrag ,36 183 S' durch den Betrag ,37 612 S',
- c) der Betrag ,30 078 S' durch den Betrag ,31 266 S' und

d) der Betrag ,22 593 S' durch den Betrag ,23 485 S'.

28. Im Art. III werden als Z 30 bis 33 eingefügt:

„30. Die Tabelle im § 54 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

in der Entlohnungsstufe	Schilling
1	20 932
2	21 643
3	22 359
4	23 158
5	24 885
6	26 697
7	28 512
8	30 263

31. Die Tabelle im § 61 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

in der Entlohnungsstufe	in der Entlohnungsgruppe					
	k 6	k 5	k 4	k 3	k 2	k 1
	Schilling					
1	14 982	16 377	16 868	19 748	17 939	20 042
2	15 267	16 821	17 328	20 290	18 465	20 632
3	15 549	17 269	17 791	20 832	18 992	21 222
4	15 835	17 717	18 253	21 373	19 519	21 811
5	16 129	18 163	18 713	21 914	20 047	22 401
6	16 425	18 610	19 174	22 456	21 131	23 618
7	16 721	19 057	19 635	22 998	22 218	24 834
8	17 099	19 633	20 227	23 694	23 305	26 051
9	17 478	20 206	20 819	24 391	24 391	27 267
10	17 857	20 782	21 411	25 086	25 476	28 484
11	18 235	21 355	22 003	25 784	26 563	29 701
12	18 613	21 931	22 597	26 478	27 650	30 917
13	18 992	22 505	23 188	27 174	28 736	32 133
14	19 370	23 223	23 929	28 044	29 821	33 223
15	19 748	23 943	24 669	28 916	30 908	34 258
16	20 127	24 660	25 411	29 785	31 994	35 292
17	20 507	25 378	26 151	30 656	32 995	36 327
18	20 885	26 098	26 892	31 526	33 917	37 362
19	21 263	26 816	27 631	32 395	34 841	38 499
20	21 642	27 533	28 371	33 152	35 764	39 686
21	22 022	28 250	29 112	33 908	36 688	40 873
22	22 591	29 327	30 223	35 044	38 074	42 655

32. Nach § 68 wird folgender § 68 a eingefügt:

„Vergütung im militärluftfahrttechnischen Dienst

§ 68 a. (1) Vertragsbediensteten der Entlohnungsschemata I und II gebührt eine monatliche Vergütung, wenn sie

1. zur Ausübung von Tätigkeiten im militärluftfahrttechnischen Dienst gemäß der Militärluftfahrt-Personalverordnung 1968, BGBl. Nr. 395, berechtigt sind und
2. diese Tätigkeiten auf einem Arbeitsplatz des militärluftfahrttechnischen Dienstes auch tatsächlich ausüben.

(2) Auf die Höhe der Vergütung ist § 85 f Abs. 2 des Gehaltsgesetzes 1956 mit der Maßgabe anzuwenden, daß an die Stelle

1. des Wortes ‚Beamte‘ das Wort ‚Vertragsbedienstete‘,

2. des Ausdrucks ‚Verwendungsgruppen H 2 und B‘ der Ausdruck ‚Entlohnungsgruppe b‘ und
3. des Ausdrucks ‚Verwendungsgruppen H 1 und A‘ der Ausdruck ‚Entlohnungsgruppe a‘ treten.

(3) Der Anspruch auf die Vergütung wird durch einen Urlaub, während dessen der Vertragsbedienstete den Anspruch auf Monatsentgelt behält, oder eine Dienstverhinderung auf Grund eines Dienstunfall es nicht berührt. Ist der Vertragsbedienstete aus einem anderen Grund länger als einen Monat vom Dienst abwesend, so ruht die Vergütung von dem auf den Ablauf dieser Frist folgenden Monatsersten bis zum Letzten des Monats, in dem der Vertragsbedienstete den Dienst wieder antritt. Anspruch auf die Vergütung kann jedoch immer nur für Zeiträume bestehen, für die auch ein Anspruch auf Monatsentgelt besteht.

(4) Nicht vollbeschäftigte Vertragsbedienstete erhalten den ihrer Arbeitszeit entsprechenden Teil der Vergütung.

33. An die Stelle des § 70 Abs. 1, 1 a, 2 und 3 treten folgende Bestimmungen:

„(1) Das monatliche Sonderentgelt (mit Ausnahme der Haushaltszulage) jener Vertragsbediensteten, mit denen vor dem 1. Jänner 1993 gemäß § 36 ein Sondervertrag abgeschlossen worden ist, wird ab 1. Jänner 1993 um 3,95% erhöht.

(2) Ergeben sich bei Anwendung des Abs. 1 im Endergebnis Restbeträge von 50 g und mehr, so sind diese auf volle Schillingbeträge aufzurunden. Ergeben sich jedoch Restbeträge von weniger als 50 g, so sind diese zu vernachlässigen. Die nach Abs. 1 erforderlichen Maßnahmen bedürfen nicht der im § 36 vorgesehenen Genehmigung des Bundeskanzlers und des Bundesministers für Finanzen.

(3) Eine Erhöhung nach den Abs. 1 und 2 ist jedoch nur dann vorzunehmen, wenn

1. sich diese Erhöhung nicht bereits aus dem Sondervertrag ergibt oder
2. im Sondervertrag die Erhöhung des Sonderentgeltes nicht an andere Anläßfälle als Bezugserhöhungen oder Teuerungsabgeltungen im öffentlichen Dienst geknüpft ist.“

29. Im Art. III werden als Z 35 bis 37 eingefügt:

„35. Im § 73 b Abs. 1 wird der Betrag ‚990 S‘ durch den Betrag ‚1 029 S‘ ersetzt.

36. Im § 73 b Abs. 5 wird der Betrag ‚450 S‘ durch den Betrag ‚468 S‘ ersetzt.

37. Die Tabelle im § 73 b Abs. 6 erhält folgende Fassung:

Entlohnungsstufe	Schilling
1	600
2	598
3	600
4	598
5	702
6	651“

30. Im Art. III lauten die Z 38 und 39:

„38. Nach § 73 b wird folgender § 73 c eingefügt:

„§ 73 c. Wenn es für den Vertragslehrer günstiger ist, sind in der Zeit von 1. September 1992 bis zum 31. Jänner 1993 anstelle des § 41 Abs. 5 bis 12 und des § 44 a Abs. 1 und 5 in der geltenden Fassung § 41 und § 44 a Abs. 1 und 5 in der bis zum Ablauf des 31. August 1992 geltenden Fassung anzuwenden.“

39. An die Stelle des § 76 treten folgende Bestimmungen:

„Inkrafttreten von Änderungen dieses Bundesgesetzes

§ 76. Es treten in Kraft:

1. § 41 Abs. 5 bis 12, § 44 a Abs. 1 und § 73 c in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. .../1992 mit 1. September 1992,
2. § 44 a Abs. 5 in der Fassung des Art. III Z 19 des Bundesgesetzes BGBl. Nr. .../1992 mit 1. September 1992,
3. § 1 Abs. 3 lit. k und l, § 2 c Abs. 2, § 6 a Abs. 1, § 11 Abs. 1, § 14 Abs. 1, § 22 Abs. 2, § 28 Abs. 2, die §§ 29 d und 29 e samt Überschriften, § 41 Abs. 1, § 44, § 44 a Abs. 2, 3, 4, 6, 7, 8 und 9, § 44 b, § 44 c Abs. 1, § 47 Abs. 2, § 47 a, § 54 Abs. 1, § 61 Abs. 1, § 68 a samt Überschrift, § 70 Abs. 1 bis 3 und § 73 b Abs. 1, 5 und 6 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. .../1992 mit 1. Jänner 1993,
4. § 44 a Abs. 5 in der Fassung des Art. III Z 20 des Bundesgesetzes BGBl. Nr. .../1992 mit 1. Jänner 1993,
5. § 40 Abs. 3 bis 5, § 43 Abs. 2, § 50 Abs. 2 und § 71 samt Überschrift in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. .../1992 mit 1. Februar 1993.

Vollziehung

§ 77. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist die Bundesregierung, in Angelegenheiten jedoch, die nur den Wirkungsbereich eines Bundesministers betreffen, dieser Bundesminister betraut.“

31. Im Art. IV erhalten

- a) die Z 1 bis 3 die Bezeichnung „7.“ bis „9.“,
- b) die Z 4 die Bezeichnung „11.“.

32. Im Art. IV werden als Z 1 bis 6 eingefügt:

„1. Die Tabelle im § 21 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

in der Gehaltsstufe	in der Verwendungsgruppe			
	A	B	C	D
	Schilling			
1	20 262	15 499	13 758	12 373
2	20 723	15 807	13 979	12 575
3	21 180	16 122	14 202	12 772
4	21 640	16 457	14 423	12 974
5	22 103	16 791	14 643	13 176
6	22 770	17 494	15 120	13 575
7	23 442	18 193	15 396	13 809
8	24 104	18 895	15 669	14 038
9	24 774	19 594	15 946	14 275
10	25 440	20 295	16 236	14 505
11	26 293	20 994	16 536	14 751
12	27 146	21 542	16 834	14 999

in der Gehaltsstufe	in der Verwendungsgruppe			
	A	B	C	D
	Schilling			
13	27 995	22 087	17 142	15 251
14	28 846	22 633	17 459	15 502
15	29 700	23 177	17 768	15 755
16	30 552	23 723	18 084	16 010
17	31 403	24 270	18 396	16 282
18	32 257	24 816	18 707	16 550
19	33 930	26 098	19 531	17 195
20	35 608	27 381	20 353	17 855

2. Im § 24 Abs. 2 werden ersetzt:

- a) der Betrag ,1 765 S' durch den Betrag ,1 835 S',
- b) der Betrag ,1 524 S' durch den Betrag ,1 584 S',
- c) der Betrag ,1 043 S' durch den Betrag ,1 084 S' und
- d) der Betrag ,880 S' durch den Betrag ,915 S'.

3. Die Tabelle im § 25 Abs. 4 erhält folgende Fassung:

in der Verwendungsstufe	in der Zulagenstufe						
	1	frühestens mit Erreichen der Gehaltsstufe	2	3	4	5	6
	Schilling		Schilling				
A 1	12 881	12	17 017	21 482	25 951	30 412	32 643
A 2	9 203	10, 2. Jahr	12 534	16 113	19 693	23 272	26 853
A 3	3 714	10	4 788	5 971	7 163	8 348	9 534
B 1	7 561	13	12 280	16 798	21 518	—	—
B 2	5 639	13	6 785	7 830	8 984	10 137	10 714
B 3	3 146	13	4 015	4 818	5 691	6 556	—
B 4	1 889	10	2 193	2 492	2 692	—	—
B 5	1 557	10	1 816	2 076	2 332	2 588	—
C 1	2 428	13	2 857	3 448	4 031	4 617	5 203
C 2	2 144	15	2 678	3 349	4 015	4 348	—
C 3	1 288	13	1 809	2 391	2 977	3 562	—
C 4	500	13	751	1 001	1 253	1 501	—
D 1	636	10	918	1 207	1 491	1 773	—

4. § 28 Abs. 12 lautet:

„(12) Der Zuschlag zur Verwendungszulage beträgt

- 1. für Oberforstmeister
 - a) bis einschließlich des 950. Punktes 23,40 S,
 - b) ab dem 951. Punkt 4,70 S für jeden vollen Punkt;
- 2. für Bedienstete der Verwendungsstufe A 3
 - a) bis einschließlich des 50. Punktes 125,30 S,
 - b) vom 51. bis einschließlich 65. Punkt 183,50 S,
 - c) vom 66. bis einschließlich 80. Punkt 283,50 S,
 - d) vom 81. bis einschließlich 95. Punkt 141,80 S und
 - e) ab dem 96. Punkt 83,40 S für jeden vollen Punkt;
- 3. für Bedienstete des gehobenen Forstdienstes und Bedienstete, die mit der Leitung eines Sägewerkes betraut sind,

- a) bis einschließlich des 6. Punktes 133,60 S,
- b) für den 7. Punkt 266,90 S,
- c) vom 8. bis einschließlich 10. Punkt 533,50 S,
- d) vom 11. bis einschließlich 13. Punkt 800,60 S,
- e) für den 14. und 15. Punkt 600,10 S,
- f) vom 16. bis einschließlich 20. Punkt 400,20 S und
- g) ab dem 21. Punkt 266,90 S für jeden vollen Punkt;

4. für Bedienstete der Verwendungsstufe D 1 154,30 S für jeden vollen Punkt.

5. Im § 29 Abs. 2 wird der Betrag ,2 407 S' durch den Betrag ,2 502 S' und der Betrag ,12,80 S' durch den Betrag ,13,30 S' ersetzt.

6. Im § 29 a wird der Betrag ,3 314 S' durch den Betrag ,3 445 S' ersetzt.“

33. Im Art. IV wird als Z 10 eingefügt:

„10. § 93 a lautet:

§ 93 a. (1) Das monatliche Sonderentgelt (mit Ausnahme der Haushaltszulage) jener Bediensteten, mit denen vor dem 1. Jänner 1993 gemäß § 70 ein Sondervertrag abgeschlossen worden ist, wird ab 1. Jänner 1993 um 3,95% erhöht.

(2) Ergeben sich bei Anwendung des Abs. 1 im Endergebnis Restbeträge von 50 g und mehr, so sind diese auf volle Schillingbeträge aufzurunden. Ergeben sich jedoch Restbeträge von weniger als 50 g, so sind diese zu vernachlässigen. Die nach Abs. 1 erforderlichen Maßnahmen bedürfen nicht der im § 70 vorgesehenen Genehmigung des Bundeskanzlers und des Bundesministers für Finanzen.

(3) Eine Erhöhung nach den Abs. 1 und 2 ist jedoch nur dann vorzunehmen, wenn

1. sich diese Erhöhung nicht bereits aus dem Sondervertrag ergibt oder
2. im Sondervertrag die Erhöhung des Sonderentgeltes nicht an andere Anläßfälle als Bezugs erhöhungen oder Teuerungsabgeltungen im öffentlichen Dienst geknüpft ist.“

34. Art. IV Z 11 lautet:

„11. Nach § 95 c wird folgender § 95 d eingefügt:

Inkrafttreten von Änderungen dieses Bundesgesetzes

§ 95 d. § 21 Abs. 2, § 24 Abs. 2, § 25 Abs. 4, § 28 Abs. 12, § 29 Abs. 2, § 29 a, § 51 Abs. 2, die §§ 57 und 57 a samt Überschriften und § 93 a in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. xxx/1992 treten mit 1. Jänner 1993 in Kraft.“

35. Im Art. V erhalten die Z 1 bis 3 die Bezeichnung „6.“ bis „8.“. Als Z 1 bis 5 werden eingefügt:

„1. Im § 65 a wird der Betrag ,19 309 S‘ durch den Betrag ,20 072 S‘ ersetzt.

2. Die Tabelle im § 66 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

in der Gehaltsstufe	in der Gehaltsgruppe		
	I	II	III
	Schilling		
1	21 627	—	—
2	24 169	—	—
3	26 715	—	—
4	29 260	—	—
5	31 804	—	—
6	34 348	—	—
7	36 896	—	—
8	39 439	39 650	—
9	41 983	42 197	45 337
10	44 527	44 740	47 881
11	47 074	47 286	52 972
12	49 618	49 832	60 607

in der Gehaltsstufe	in der Gehaltsgruppe		
	I	II	III
	Schilling		
13	52 161	54 919	63 151
14	54 707	60 008	65 696
15	57 249	65 096	68 239
16	59 796	67 642	70 785

3. Im § 66 Abs. 2 letzter Satz wird in den Z 1 und 2 der Betrag ,74 559 S‘ jeweils durch den Betrag ,77 504 S‘ und in Z 3 der Betrag ,82 888 S‘ durch den Betrag ,86 162 S‘ ersetzt.

4. Im § 67 Abs. 1 wird der Betrag ,3 736 S‘ durch den Betrag ,3 884 S‘ ersetzt.

5. Im § 68 d Abs. 2 wird der Betrag ,3 396 S‘ durch den Betrag ,3 530 S‘ ersetzt.“

36. Art. V Z 8 lautet:

„8. Dem § 173 wird folgender Abs. 5 angefügt:

„(5) § 65 a, § 66 Abs. 2, § 67 Abs. 1, § 68 d Abs. 2, § 75 b samt Überschrift und § 76 Abs. 2 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. xxx/1992 treten mit 1. Jänner 1993 in Kraft.“

37. Im Art. VI Z 4 wird im § 115 a Abs. 2 LDG die Zitierung „§ 44 a Abs. 3“ durch die Zitierung „§ 44 a Abs. 5“ ersetzt.

38. Im Art. VII Z 5 lautet § 121 a Abs. 2 Z 1 LLDG:

„1. Diese Zeiten sind, soweit sie nach der Vollendung des dritten Lebensjahres des Kindes liegen und soweit es für den Lehrer günstiger ist, nicht auf die Obergrenze nach § 45 Abs. 5, sondern auf die Obergrenze nach § 46 Abs. 5 anzurechnen.“

39. Art. VIII Z 4 lautet:

„4. Dem § 14 wird folgender Abs. 5 angefügt:

„(5) Es treten in Kraft:

1. § 9 Abs. 2 b in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. xxx/1992 mit 1. Februar 1993,
2. § 8 und § 12 Abs. 3 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. xxx/1992 mit 1. September 1993.“

40. Art. IX Z 2 lautet:

„2. Der bisherige § 58 erhält die Absatzbezeichnung ,(1)‘.

Als neuer Abs. 2 wird angefügt:

„(2) § 17 Abs. 2 a in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. xxx/1992 tritt mit 1. Jänner 1993 in Kraft.“

41. Nach Art. XI wird folgender Art. XII angefügt:

„Artikel XII

Die 31. Gehaltsgesetz-Novelle, BGBl. Nr. 662/1977, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 12/1992, wird wie folgt geändert:

1. Die Tabelle im Art. IV Abs. 3 erhält folgende Fassung:

Gehaltsstufe	Gehalt
	Schilling
2	19 965
3	19 965
4	19 965
5	19 965
6	21 405
7	24 273
8	25 713
9	27 152

Gehaltsstufe	Gehalt
	Schilling
10	28 585
11	30 026
12	31 462
13	32 900
14	34 336
15	35 772
16	36 402
17	37 024
18 1. und 2. Jahr	37 645
18 ab 3. Jahr	38 272

2. Dem Art. IV wird folgender Abs. 4 angefügt:

„(4) Abs. 3 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. xxx/1992 tritt mit 1. Jänner 1993 in Kraft.“